



V 6458 E

16/31a

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1971
 Statistisches Amt für Hamburg
 und Schleswig-Holstein
 Bibliothek
 Standort Kiel

Grafik des Monats: Lebenshaltungskosten und Verdienste

Aufsätze: Bautätigkeit 1970
 Haushaltsnettoeinkommen
 Arbeitsstätten, kreisfreie Städte
 Seeschifffahrt

Kurzberichte: Beschäftigte im Maschinenbau
 Einkommensteuerpflichtige

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1970	1971	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt März bis Juli ¹			
INDUSTRIE²					
Produktionsindex	1962 = 100	167	174	+	4
Beschäftigte	1 000	191	191	+	0
Umsatz ³	Mill. DM	1 063	1 178	+	11
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	24	23	-	4
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	9,1	8,8	-	3
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 808	3 111	+	11
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	196,5	205,8	+	5
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	169,6	175,1	+	3
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	9 504	9 750	+	3
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter ⁴	1962 = 100	107,8	108,7	+	1
Grundstoffpreise ⁴	1962 = 100	104,8	105,5	+	1
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ⁴	1962 = 100	107,0	112,5	+	5
landwirtschaftlicher Produkte ⁴	1961/63 = 100	105,1	98,0	-	7
Lebenshaltung ⁵					
insgesamt	1962 = 100	123,6	129,9	+	5
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	118,1	122,8	+	4
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁶	Mill. DM	3 231	3 749	+	16
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	12 096	13 329	+	10
Spareinlagen	Mill. DM	5 399	5 959	+	10
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁸	Mill. DM	61	72	+	19
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	127	158	+	24
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	52	53	+	3
Lohnsteuer	Mill. DM	77	97	+	26

1) bei "Geld und Kredit": Februar bis Juni 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer 4) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinvertienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite
8) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

INHALT 10/71

	Seite
Aktuelle Auslese	185
Aus dem Inhalt	186
Aufsätze	
Bautätigkeit 1970 und im Rückblick . . .	187—191
Haushaltsnettoeinkommen von Arbeitnehmerhaushalten im Januar 1969 .	192—195
Arbeitsstätten und tätige Personen in den kreisfreien Städten 1961 und 1970 .	198—202
Die Seeschifffahrt im Jahre 1968	202—207
Kurzberichte	
2000 Beschäftigte mehr im Maschinenbau!	207
Über 225 000 Einkommensteuerpflichtige in Schleswig-Holstein	207—208
Grafik des Monats	196—197
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

- Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein 1971
90 Seiten, Preis 2,— DM
- Statistische Berichte
- D Arbeitsstättenzählung 1970-1
„Arbeitsstätten und tätige Personen in den Kreisen am 6. 6. 1961 und
27. 5. 1970 (vorläufige Ergebnisse)“
24 Seiten, Preis 2,— DM
- O 0/Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969
„Eßgewohnheiten privater Haushalte Januar 1969“
12 Seiten, Preis 1,50 DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 4/1971

Geburtenrückgang
Lohnsteuer 1968
Nord-Ostsee-Kanal
Binnenschifffahrt 1968
Vermögensmillionäre 1969

Heft 5/6 — 1971

Sicherheit der Bundesstraßen
Landtagswahl 1971
Soziale Herkunft der Schüler

Heft 7/1971

Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 1)
Landtagswahl 1971 regional
Fremdenverkehr (Teil 1)
Wohnverhältnisse und Alter

Heft 8/1971

Abiturienten
Wahlverhalten 1971
Alten- und Pflegeheime
Boden- und Kommunalkredite
Viehwirtschaft
Anbau und Ernteaussichten

Heft 9/1971

Milchviehhaltung
Kommunale Haushaltsplanung
Fremdenverkehr (Teil 2)
Einkommens- und Verbrauchsstichproben



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

23. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1971

Aktuelle Auslese



Weniger Arbeitsstätten, aber mehr tätige Personen

Am 27. 5. 1970 gab es in Schleswig-Holstein rd. 86 400 nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten, das sind rd. 14 000 oder 14 % weniger als 1961. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der tätigen Personen auf 813 400 erhöht. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg damit von 7,5 Beschäftigten im Jahre 1961 auf nunmehr 9,4 Beschäftigte. Die Tendenz zu größeren Betrieben hat demnach weiterhin angehalten. Ein Blick auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen zeigt, daß das verarbeitende Gewerbe mit einem Anteil von 33 % aller tätigen Personen die erste Stelle in der Wirtschaftsstruktur des Landes einnimmt. An zweiter Stelle folgt der Handel mit 17 %.



Beschäftigteniveau in der Industrie fast unverändert

Die schleswig-holsteinische Industrie hatte in den ersten acht Monaten des Jahres 1971 durchschnittlich rd. 190 700 Beschäftigte, das sind 0,2 % mehr als im Monatsdurchschnitt Januar bis August 1970. Als ein Zeichen für die konjunkturelle Beruhigung kann der Rückgang der geleisteten Arbeiterstunden um 3,2 % angesehen werden. 1970 wurden im Monatsdurchschnitt Januar bis August je Arbeiter 164 Stunden geleistet, 1971 waren es nur noch 160 Stunden.



Rund 754 000 Kraftfahrzeuge

Anfang Juli 1971 waren in Schleswig-Holstein 753 700 Kraftfahrzeuge registriert, darunter 625 700 Pkw (83 %). Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres umfaßte der Kraftfahrzeugbestand 697 900 Fahrzeuge, darunter 572 900 Pkw (82 %). Die Zahl der Kraftfahrzeuge hat sich damit in einem Jahr um 8 % erhöht.



Schweinebestand kleiner als im Vorjahr

Am 3. September 1971 wurden in Schleswig-Holstein 1,8 Mill. Schweine ermittelt. Damit wurde der Bestand des vorjährigen September um 116 000 Tiere (6 %) unterschritten und auch der Septemburdurchschnitt 1965 bis 1970 nicht ganz erreicht.



Expansiver Wohnungsbau

In den ersten acht Monaten des Jahres 1971 wurden im Bauhauptgewerbe – bei leicht rückläufiger Beschäftigtenzahl (– 1 %) – um 7 % mehr Arbeitsstunden geleistet als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Überdurchschnittlich waren die Zuwachsraten im Wohnungsbau (+ 11 %) sowie bei gewerblichen und industriellen Bauten (+ 27 %). Im Straßenbau ging demgegenüber die Summe der geleisteten Arbeitsstunden um 6,5 % zurück.

Aus dem Inhalt

Bautätigkeit 1970

Seite 187

Die Zahl der Baugenehmigungen hat in den letzten 10 Jahren nur geringfügig geschwankt, sie entsprach 1970 mit 26 100 Wohnungen in Wohngebäuden dem Durchschnitt dieser Periode. Die Größe der Wohnungen ist gegenüber 1969 auf 80 qm leicht gestiegen, ebenso die Baukosten auf 53 000 DM (+ 12 %). Für Nichtwohngebäude ging die Zahl der Baugenehmigungen stark zurück, gleichzeitig stiegen aber umbauter Raum und Nutzfläche. Die Fertigteil-Bauweise hat sich bei Wohngebäuden seit 1967 nicht stärker ausbreiten können, wohl aber bei Nichtwohngebäuden, deren umbauter Raum 1970 bereits zu 28 % auf diese moderne Weise gebaut wurde. Die 1970 fertiggestellten 22 000 Wohnungen bedeuten die geringste Wohnbauleistung seit Jahren. Da die relative Bauleistung in Schleswig-Holstein bisher immer über der im Bundesgebiet lag, ist auch der Wert für 1970 mit 86 Wohnungen je 10 000 Einwohner immer noch so hoch wie im Bundesgebiet im Mittel der 4 letzten Jahre. Die Ausstattung der Wohnungen, besonders bezüglich der Beheizung, ist laufend besser geworden. 98 % aller Wohnungen, die 1970 fertig wurden, hatten Zentralheizung, 99 % ein Bad. Der Bauüberhang, im allgemeinen ein Indiz für die kurzfristige Entwicklung, hat für 1970 erstmalig nicht gehalten, was er versprach. Nur 84 % des echten Überhangs vom 1. 1. 1970 wurden im Laufe des Jahres fertiggestellt. Diese Prozentzahl lag sonst seit 1961 zwischen 104 und 124. Die Fortschreibung des Wohnungsbestandes nach der Zahl der Räume zeigt einen Anstieg der kleinsten (1 und 2 Räume) und größten Wohnungen (ab 5 Räume).

Haushaltsnettoeinkommen

Seite 192

Hier werden weitere Bundesergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1969 vorgelegt. Die Haushaltsnettoeinkommen sind von den Befragten in Größenklassen angegeben worden und werden hier in Verbindung mit der Personenzahl des Haushalts dargeboten. Die Einkommen steigen mit der Kopfzahl, ferner zeigt sich die bekannte Abstufung zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten. Ein Vergleich mit 1957, wengleich methodisch problematisch, zeigt, wie sehr die Anteile in unteren Einkommensgruppen abgenommen, in den oberen zugenommen haben. Besonders untersucht wird die Abhängigkeit zwischen sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes, Haushaltseinkommen, Kinderzahl und Erwerbstätigkeit der Ehefrau. Der Anteil der Haushalte mit erwerbstätiger Ehefrau schwankt in den gebildeten Gruppen zwischen 0 und 90 %.

Arbeitsstätten, kreisfreie Städte

Seite 198

Die ersten Ergebnisse der letzten Großzählung vom 27. 5. 1970 liegen für die kreisfreien Städte vor. In ihnen ist die Zahl der Arbeitsstätten seit 1961 um gut ein Fünftel zurückgegangen, die Zahl der tätigen Personen ist um 1,5 % gestiegen. Auf eine Arbeitsstätte entfallen

15 Beschäftigte gegenüber 11,5 im Jahre 1961. Unter den Wirtschaftsabteilungen ist besonders der Handel vom Rückgang der Arbeitsstätten (fast 4 000 weniger) betroffen. Trotz Abnahme der tätigen Personen ist das verarbeitende Gewerbe mit 33 % Anteil der gewichtigste Bereich. Die Wirtschaftsabteilung "Gebietskörperschaften, Sozialversicherung" hat – in den 4 kreisfreien Städten – den Handel vom 2. Platz verdrängt. Im übrigen ist die Reihenfolge gleich geblieben. Kiel hat als einzige kreisfreie Stadt nicht nur weniger Arbeitsstätten, sondern auch weniger Beschäftigte als 1961. In Flensburg ist der Anteil des Handels höher als anderswo, in Kiel der der "Gebietskörperschaften, Sozialversicherung". In Lübeck und Neumünster dominieren mit 37,5 % die verarbeitenden Gewerbe.

Seeschifffahrt

Seite 202

Von allen Verkehrsträgern hat zwischen 1965 und 1968 die Seeschifffahrt den größten Zuwachs an beförderter Gütermenge erzielt. Allein ein Drittel der Zunahme entfällt auf den Mehrtransport von Fahrzeugen. Auch Rohöl, Kraftstoffe und Kohle wurde wesentlich mehr empfangen, Früchte und Gemüse mehr versandt. Im großen und ganzen blieb die Struktur des Güterumschlags nach der Gütergruppe erhalten. Das gleiche gilt für die Struktur der Verkehrsbeziehungen nach dem Handelspartner. Nach wie vor steht das Ostseegebiet an erster Stelle. Während in allen wichtigen Verkehrsbeziehungen der Empfang zum Teil ein Vielfaches des Versandes ausmacht, ist hier das Verhältnis einigermaßen ausgeglichen. Die über See beförderten Güter werden im folgenden noch differenziert nach Gütergruppe und Handelspartner dargestellt.

Beschäftigte im Maschinenbau

Seite 207

Mit reichlich 27 000 Beschäftigten ist der Maschinenbau der bedeutendste Industriezweig in Schleswig-Holstein. Von der ersten Jahreshälfte 1969 bis zur gleichen Zeit 1971 sind dort 2 000 Beschäftigte dazugekommen. Der größte Teil dieser Zunahme um 8 % ereignete sich erst im letzten Jahr, anders als in der gesamten Industrie, deren Beschäftigtenzahl zwischen 1969 und 1970 um 5 %, danach nicht mehr wuchs.

Einkommensteuerpflichtige

Seite 207

Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen der Einkommensteuerstatistik 1968 wurden 215 000 Steuerpflichtige veranlagt, das sind 18 % mehr als 1965. Ihr Gesamtbetrag der Einkünfte wuchs um 27 % auf 4,7 Mrd. DM, und es waren mit 802 Mill. DM 22 % mehr Steuern abzuführen. Die durchschnittliche Steuerschuld stieg von 4 323 DM auf 4 365 DM. Besonders zugenommen hat die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen, abgenommen die der Unternehmer.

Bautätigkeit 1970 und im Rückblick

In den letzten zehn Jahren wurden in Schleswig-Holstein jährlich durchschnittlich rund 26 600 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden fertiggestellt. Überdurchschnittlich hoch war innerhalb dieser Dekade die Bautätigkeit in den Jahren 1964 bis 1967, mit dem Rekord von fast 30 000 Wohnungen im Jahre 1964. Seit 1968 verzeichnet dann der Wohnungsbau eine erhebliche Abschwächung. Im gesamten Bundesgebiet begann die rückläufige Bewegung bereits 1967. Die bisherige Entwicklung im Jahre 1971 deutet aber schon wieder auf eine Expansion hin. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß infolge der ungünstigen Witterung in den ersten Monaten des Jahres 1970 eine ungewöhnlich große Anzahl von Wohnungen Ende des Jahres noch nicht fertiggestellt war, so daß es sich zum Teil nur um eine Verlagerung von 1970 auf 1971 handelt. Zum anderen werden die durch Preissteigerungen ausgelöste Flucht in die Realwerte und die wieder etwas forcierte öffentliche Förderung für eine ansteigende Tendenz im Wohnungsbau sorgen. Die Dauer dieser Expansion wird also sehr stark von den kommenden wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen des Staates abhängen.

Den folgenden näheren Ausführungen über Art und Umfang der Bautätigkeit in Schleswig-Holstein in den letzten zehn Jahren sei zum besseren Verständnis vorangestellt, was bei der Durchführung von Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau statistisch festgehalten wird. Gezählt wird ein Bauvorhaben zum ersten Mal, wenn von der zuständigen kommunalen Baubehörde die Baugenehmigung erteilt wird. Ein weiteres Mal erscheint das Objekt in

der Statistik, wenn es fertiggestellt ist, was im gleichen Jahr oder später sein kann. Als "fertiggestellt" gilt nach den Richtlinien für die Bautätigkeitstatistik ein Bauvorhaben, wenn keine Bauarbeiten mehr im Gange sind oder wenn Wohnungen eines Wohngebäudes bezogen sind oder wenn ein Nichtwohngebäude genutzt wird. Dabei ist es für die Baustatistik ohne Belang, ob die baupolizeiliche Gebrauchsabnahme erfolgt ist oder nicht. Gezählt werden kann die Fertigstellung aber schließlich erst dann, wenn sie vom Bauamt dem Statistischen Landesamt gemeldet worden ist. Fertiggestellte Wohngebäude und Wohnungen werden ferner in den Bestand übernommen. Eine dritte Zählung ergibt sich im Bauüberhang, das sind Baugenehmigungen für Objekte, die bis zum Jahresende nicht als fertiggestellt gemeldet worden sind; hierbei wird noch unterschieden zwischen im Bau befindlichen und noch nicht begonnenen Objekten.

Baugenehmigungen

Die von den Bauaufsichtsbehörden erteilten Baugenehmigungen geben Aufschluß über die Bauabsichten der natürlichen und juristischen Personen eines Landes. Sie werden laufend erhoben und monatlich aufbereitet nach Gebäude- und Wohnungszahl, umbautem Raum, Bruttowohnfläche oder Nutzfläche, veranschlagten reinen Baukosten sowie nach Gebäudeart und Bauherrengruppe.

Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden hat in den letzten zehn Jahren nur gering um den Durchschnittswert von jährlich etwa 26 100

Baugenehmigungen im Wohnbau und Nichtwohnbau 1961 bis 1970

Errichtung neuer Gebäude

Jahr	Wohnbau					Nichtwohnbau				
	Gebäude	Wohnungen	umbauter Raum 1 000 m ³	veranschlagte reine Baukosten Insgesamt Mill. DM	je Wohnung	Gebäude	Wohnungen	umbauter Raum 1 000 m ³	Nutzfläche 1 000 m ²	veranschlagte reine Baukosten Mill. DM
1961	12 850	26 962	10 340	796	29 529	3 982	241	6 090	.	369
1962	12 870	26 582	10 437	871	32 773	4 082	326	5 766	.	355
1963	12 812	26 686	10 533	937	35 097	4 063	309	5 321	1 053	324
1964	12 128	27 470	10 751	1 019	37 112	4 195	348	6 568	1 267	428
1965	13 194	27 152	11 211	1 146	42 216	2 022	379	5 534	1 071	400
1966	11 393	24 250	10 065	1 081	44 590	2 016	456	5 703	1 062	408
1967	10 011	24 837	10 108	1 086	43 735	1 777	366	5 241	1 002	427
1968	9 408	23 706	9 309	1 051	44 331	2 115	608	7 184	1 270	547
1969	10 951	27 358	11 230	1 289	47 112	2 378	947	8 899	1 589	691
1970	10 608	26 137	10 938	1 382	52 871	2 176	1 043	9 528	1 708	902

geschwankt, und zwar mit den Extremabweichungen von + 5% im Jahre 1964 und - 9% im Jahre 1968. Unter dem Durchschnitt liegen nur die Jahre 1966 bis 1968, was auf die derzeitige Rezession zurückzuführen ist. Im Jahre 1970 war die Tendenz gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig.

Insgesamt sollten nach den 1970 erteilten Genehmigungen rund 10 600 neue Wohngebäude mit etwa 26 100 Wohnungen entstehen. Damit entfallen auf ein Wohngebäude durchschnittlich 2,5 Wohnungen. Die durchschnittliche Größe der Wohnung hat sich gegenüber dem Vorjahr von 77 auf 80 Quadratmeter erhöht, nach der Zahl der Räume ist sie mit 4,1 konstant geblieben. Mit der Größe der Wohnung sind auch die veranschlagten reinen Baukosten gestiegen. Der Anstieg um 12% von 47 125 auf 52 871 DM je Wohnung ist aber nur zum Teil auf die vergrößerte Fläche zurückzuführen. Daneben wirken sich die verbesserte Ausstattung und vor allem die Preissteigerungen kostenerhöhend aus.

Die Genehmigungen für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden sind seit 1965 ständig zurückgegangen und waren 1970 mit 4% Anteil an den Genehmigungen für Wohnungen im Wohnbau nur noch von untergeordneter Bedeutung. Im Wohnbau wurden 1970 für insgesamt rund 27 200 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt, das sind etwa 5% weniger als im Vorjahr.

An diesen Baugenehmigungen sind die privaten Bauherren mit rund 12 300 Wohnungen (45%) am stärksten beteiligt. Mit nur etwa halb soviel Genehmigungen (6 325) folgen als zweitgrößte Bauherrngruppe die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen, die auch zusammen mit den sonstigen Wohnungsunternehmen mit einem Anteil von 39% hinter den privaten Bauherren zurückbleiben. Etwa jede siebente Baugenehmigung wurde an Unternehmen und freie Berufe erteilt. Die öffentlichen Bauherren sind im Wohnbau von untergeordneter Bedeutung.

Größere Schwankungen als im Wohnbau sind in den letzten zehn Jahren bei den Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Nichtwohngebäude festzustellen. Während in den Jahren 1961 bis 1964 durchschnittlich etwa 4 100 Nichtwohngebäude genehmigt wurden, waren es 1965 bis 1970 nur noch durchschnittlich etwa 2 100. Dagegen ist der umbaute Raum bei dieser Gebäudeart seit 1965 stark angestiegen. Seit 1968 hat sich diese Entwicklung weiter verstärkt, denn es wurden gegenüber dem Vorjahr 37% umbauter Raum mehr genehmigt und auch in den beiden folgenden Jahren stieg die Zahl weiter an. Die genehmigten Nichtwohngebäude haben also seit 1965

Baugenehmigungen 1970 nach der Bauherrngruppe
alle Baumaßnahmen

Bauherrngruppe	Gebäude	Wohnungen	Veranschlagte
		Nutzfläche 1 000 m ²	reine Baukosten Mill. DM
Wohnbau			
Öffentliche Bauherren	106	329	16,6
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungs- unternehmen	1 292	6 325	270,9
Sonstige Wohnungsunternehmen	1 037	4 303	185,6
Unternehmen und freie Berufe	570	3 950	152,1
Private Bauherren	7 603	12 326	834,0
Insgesamt	10 608	27 233	1 459,3
Nichtwohnbau			
Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter	533	585	461,4
Unternehmen und freie Berufe	1 553	1 212	491,1
Private Bauherren	90	33	16,4
Insgesamt	2 176	1 830	968,9

und noch verstärkt seit 1968 durchschnittlich immer größere Ausmaße angenommen. 1970 umfaßten die 2 176 genehmigten Nichtwohngebäude etwa 9,5 Millionen Kubikmeter, was einem Durchschnitt von fast 4 400 Kubikmeter je Gebäude entspricht. Dagegen hatte 1963 ein genehmigtes Nichtwohngebäude durchschnittlich nur etwa 1 300 Kubikmeter umbauten Raum.

Für die Baugenehmigungen im Nichtwohnbau wurden 1970 knapp 969 Mill. DM reine Baukosten veranschlagt. Davon entfielen 93% auf die Errichtung neuer Gebäude und 7% auf Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. Auch im Nichtwohnbau überwiegt also ganz entscheidend die Errichtung neuer Gebäude.

An den Genehmigungen 1970 im Nichtwohnbau sind neben den Unternehmen und freien Berufen vor allem die Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter beteiligt. Ergibt sich nach der Zahl der genehmigten Gebäude noch ein klares Übergewicht von 71% gegenüber 24% zugunsten der Unternehmen und freien Berufe, so haben diese beiden Bauherrngruppen nach den veranschlagten reinen Baukosten mit Anteilen von 51% und 48% nahezu gleiches Gewicht. Für die genehmigten Nichtwohngebäude der Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter werden also durchschnittlich wesentlich höhere reine Baukosten veranschlagt. Die Baukosten für ein Anstaltsgebäude oder eine Schule sind eben in der Regel wesentlich größer als die für eine Werkhalle oder ein landwirtschaftliches Betriebsgebäude. Die

privaten Bauherren spielen im Nichtwohnbau nur eine untergeordnete Rolle.

Mit der Fertigteilbauweise wurde ein belebendes Element in die Bauwirtschaft getragen. Um die Bedeutung und Entwicklung dieser Bauweise darstellen zu können, wird seit 1965 in der Statistik der Baugenehmigungen dieser Teilbereich besonders nachgewiesen. Als Fertigteilbau gilt danach ein Bauwerk, bei dem für Außen- oder Innenwände geschoßhohe oder raumbreite Fertigteile (vorgefertigte Bauteile), zum Beispiel großformatige Wandtafeln, verwendet werden. Vorgefertigte Bauteile sind nach den Richtlinien für die Bautätigkeitsstatistik tragende oder nichttragende Teile, die nicht an der Einbaustelle hergestellt wurden. Sie müssen ohne weitere Bearbeitung mit Hilfe von Anschlußmitteln zum Bauwerk zusammengefügt oder mit örtlich (im Bauwerk) hergestellten Bauteilen fest verbunden werden können. Daneben können Teile eines Gebäudes in herkömmlicher Bauweise erstellt werden. Im schleswig-holsteinischen Wohnbau hat sich die Fertigteilbauweise nicht so weiter entwickelt, wie nach dem Ergebnis von 1966 zu vermuten gewesen wäre. 1966 stieg der Anteil der in Fertigteilbauweise genehmigten an allen Wohnungen auf 11,5% gegenüber 4,4% im Jahre 1965. Danach ging die Bedeutung dieser Bauweise wieder leicht zurück und verzeichnete 1970 einen Anteil von 9,5%. Verglichen mit dem gesamten Bundesgebiet hat der Fertigteilbau in Schleswig-Holstein immerhin erhebliche Bedeutung, denn der Bundesanteil lag 1970 nur bei 6,2%.

Im schleswig-holsteinischen Nichtwohnbau gewinnt der Fertigteilbau dagegen ständig an Gewicht, und zwar stieg der Anteil an den genehmigten Nichtwohngebäuden von 2,0% im Jahre 1965 auf 15,9% im Jahre 1970, während der Anteil am genehmigten umbauten Raum im gleichen Zeitraum sogar von 2,6% auf 28,0% anwuchs. Das bedeutet, daß im Laufe der Zeit immer größere Objekte in der

Fertigteilbauweise erstellt wurden. Vor allem handelt es sich dabei um gewerbliche Betriebsgebäude, die 39% der Nichtwohngebäude stellen, aber zu 67% am umbauten Raum und zu 60% an der Nutzfläche beteiligt sind. Bis 1967 lag Schleswig-Holstein nach der Zahl der Nichtwohngebäude und dem umbauten Raum unter dem Bundesdurchschnitt. Danach hat sich der Fertigteilbau im schleswig-holsteinischen Nichtwohnbau besonders stark entwickelt. 1970 überstieg der Fertigteilbauanteil in Schleswig-Holstein den im Bundesgebiet bei den Nichtwohngebäuden um 3,1 Punkte und bei ihrem umbauten Raum um 7,8 Punkte.

Baufertigstellungen

Die Baufertigstellungen werden wie die Baugenehmigungen fortlaufend erhoben und monatlich gezählt. Eine ausführliche Aufbereitung erfolgt hier allerdings nur jährlich, wobei über die Merkmale der Baugenehmigungsstatistik hinaus die Wohnungen nach Ausstattung und Zahl der Räume ausgewiesen werden sowie ferner der öffentlich geförderte Wohnungsbau gesondert dargestellt wird.

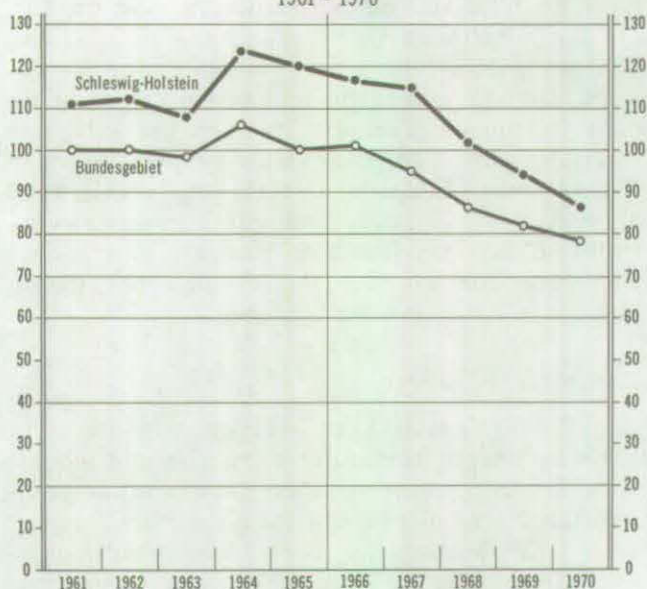
Die 1970 in Schleswig-Holstein im Wohn- und Nichtwohnbau fertiggestellten 22 039 Wohnungen bedeuten die geringste Bautätigkeit in den letzten Jahren. Gegenüber dem Rekordjahr 1964 mit fast 30 000 Wohnungen sind das 26% weniger. Die rückläufige Tendenz setzte als Folge der Rezession von 1966/67 mit zeitlichem Abstand im Jahre 1968 ein, als fast 3 000 Wohnungen weniger als im Vorjahr erstellt wurden. Vorher hatte sich die Bautätigkeit vier Jahre lang auf einem sehr hohen Niveau befunden. Zum extrem niedrigen Bauergebnis 1970 ist zu bemerken, daß der Wohnungsbau unter mehrfach erschwerten Bedingungen stand. Vor allem die ungünstige Witterung im gesamten ersten Jahresdrittel

Baufertigstellungen 1961 bis 1970

Anteil des Fertigteilbaus				
Jahr	Im Fertigteilbau genehmigt			
	Wohnungen in Wohngebäuden		Umbauter Raum in Nichtwohngebäuden in 1 000 m ³	
	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet
	in % aller entsprechenden Baugenehmigungen des jew. Jahres			
1965	4,4	3,7	2,6	4,7
1966	11,5	4,7	5,2	9,7
1967	9,3	6,3	6,3	11,8
1968	9,4	6,3	16,7	14,6
1969	8,7	5,4	23,2	16,1
1970	9,5	6,2	28,0	20,2

Jahr	Wohngebäude	Nichtwohn- gebäude	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	
			insgesamt	darunter durch Errichtung neuer Gebäude
1961	11 853	3 677	25 949	23 514
1962	11 409	3 738	26 281	23 866
1963	11 718	3 670	25 570	23 089
1964	12 397	4 225	29 855	26 598
1965	11 978	1 971	29 363	26 646
1966	11 555	1 938	28 619	26 176
1967	11 924	1 969	28 694	25 475
1968	9 893	1 830	25 771	24 328
1969	9 407	1 939	24 110	22 777
1970	8 966	1 786	22 039	21 007

Fertiggestellte Wohnungen je 10 000 Einwohner 1961 - 1970



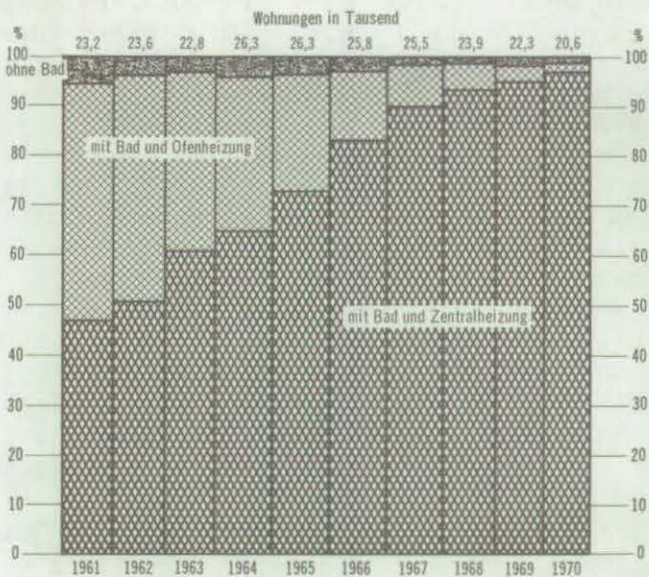
hemmte die Bauarbeiten. Außerdem zog der Hochschwung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit die verfügbaren Baukapazitäten stärker auf den Wirtschaftsbau und den öffentlichen Bau. Weiterhin wurden wesentlich weniger Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau erteilt.

In den letzten zehn Jahren sind in Schleswig-Holstein im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet überdurchschnittlich viele Wohnungen gebaut worden, wenn man die Bauleistung an der Zahl der fertiggestellten Wohnungen je 10 000 Einwohner mißt. Schleswig-Holstein liegt danach in jedem Jahr und nicht unerheblich über dem Bundesdurchschnitt. Dabei verlief die Entwicklung in Schleswig-Holstein etwa parallel zu der im Bundesgebiet.

In den letzten zehn Jahren ist die Ausstattung der Wohnungen von Jahr zu Jahr besser geworden. Die Verbesserung bezieht sich vor allem auf die Beheizungsart, denn von den 1961 fertiggestellten Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden hatte nur knapp die Hälfte Zentralheizung, während 1970 nahezu jede Wohnung (98%) so ausgestattet wurde. Das Bad in der Wohnung gehörte dagegen schon 1961 zur normalen Ausstattung. Aber auch hier ist bis 1970 noch eine leichte Verbesserung zu verzeichnen, denn im Vergleich zu 1961 mit einem Anteil von 5,5% Wohnungen ohne Bad waren es 1970 nur noch 1,1%.

Der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau hat in den letzten zehn Jahren immer mehr an Bedeutung verloren. Seit 1964, als noch jede zweite fertiggestellte Wohnung im Sinne des § 6 Absatz 1 Zweites Wohnungsbaugesetz

Verbesserte Ausstattung im Wohnungsbau 1961 - 1970



öffentlich gefördert wurde, ist ihr Anteil ständig bis auf knapp 19% im Jahre 1970 zurückgegangen. Bei dem ohnehin sehr niedrigen Fertigstellungsergebnis 1970 sind das rund 4 100 Wohnungen gegenüber etwa 14 800 im Jahre 1964. Daneben gibt es aber noch andere Maßnahmen der öffentlichen Hand zur Förderung des Wohnungsbaues wie Wohnungsfürsorgedarlehen, LAG-Mittel und Darlehen für junge Leute.

Bauüberhang

In den Bauüberhang gehen alle genehmigten Wohnungen ein, die noch nicht als fertiggestellt gemeldet wurden. Im Laufe des Jahres kommen in den Bauüberhang neue Genehmigungen hinzu; andererseits werden Wohnungen fertiggestellt und Baugenehmigungen zurückgezogen. Als Saldo ergibt sich der neue Bauüberhang.

Der Umfang des Bauüberhangs bietet einen Anhaltspunkt für die Berechnung der Wartezeiten, die bei geplanten Bauten in Kauf genommen werden müssen. Aus der Tatsache, daß in dem Zeitraum 1961 bis 1970 die Zahl der Fertigstellungen im Laufe des Jahres immer niedriger war als der Bauüberhang zu Beginn des Jahres, muß geschlossen werden, daß zwischen Genehmigung und Fertigstellung einer Wohnung durchschnittlich mehr als ein Jahr vergeht. Für den genannten Zeitraum beträgt die Zeitspanne durchschnittlich ein Jahr und drei Monate.

Vor allem aber gilt der Bauüberhang als Indiz für die kurzfristige Entwicklung der Bauwirtschaft, denn unter normalen Umständen kann davon ausgegangen werden, daß im Laufe eines

Überhang und Fertigstellungen von genehmigten Wohnungen
1961 - 1970

Jahr	Bauüberhang am 1. 1.			Fertigstellungen je 100 am 1.1. im Bau befindliche Wohnungen
	Wohnungen insgesamt	im Bau	Bau noch nicht begonnen	
1961	29 517	20 893	8 624	124
1962	32 011	23 168	8 843	113
1963	34 679	24 660	10 019	104
1964	37 645	28 308	9 337	105
1965	38 101	27 988	10 113	105
1966	37 453	26 381	11 072	108
1967	35 115	24 357	10 758	118
1968	33 092	22 280	10 812	116
1969	30 362	22 740	7 622	106
1970	34 171	26 107	8 064	84

Jahres mindestens so viele Wohnungen fertiggestellt werden wie am Jahresanfang im Bau befindlich waren. In den letzten zehn Jahren war das mit Ausnahme des Jahres 1970 immer der Fall. Im Jahre 1970 sind 16% weniger Wohnungen fertiggestellt worden als zu Beginn des Jahres bereits im Bau waren. Hieraus wird besonders deutlich, wie ungünstig die Verhältnisse im Jahre 1970 waren.

Bestand

Der genaue Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen wird in größeren Zeitabständen durch Totalzählungen festgestellt und zwischen den Zählungen nach den Ergebnissen der Bautätigkeitstatistik fortgeschrieben. Neuerdings werden auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 die Wohnungen nach der Zahl der Räume fortgeschrieben, vorher war keine weitere Gliederung der Bestandszahlen möglich.

Nach dem Fortschreibungsergebnis gab es Ende 1970 fast 890 000 Wohnungen in Schleswig-Holstein. Seit 1961 sind nach Abzug der Abgänge durch Abbruch, Brand und dergleichen 222 000 Wohnungen hinzugekommen, so daß etwa jede vierte Wohnung nicht älter als zehn Jahre ist. Gegenüber dem Vorjahr haben in Schleswig-Holstein die Wohngebäude um 2,0% und die Wohnungen um 2,4% zugenommen. Damit lag Schleswig-Holstein über der bundesdurchschnittlichen Zuwachsrate von 1,9% bei den Wohngebäuden und 2,2% bei den Wohnungen. Bei den Wohngebäuden hatten nur Niedersachsen (2,3%), bei den Wohnungen Hessen und Baden-württemberg (jeweils 2,5%) höhere Zuwachsraten. Im Vergleich zur Bautätigkeit im gesamten Bundesgebiet hat Schleswig-Holstein 1970 also recht günstig abgeschnitten.

Wohnungen nach der Raumzahl am Jahresende 1967 bis 1970

	1967	1968	1969	1970
Wohnungen	820 562	845 446	868 450	889 189
davon in %				
mit 1 Raum	1,2	1,3	1,5	1,6
2 Räumen	6,2	6,3	6,4	6,5
3 "	27,5	27,1	26,8	26,4
4 "	33,2	33,2	33,1	33,0
5 "	17,8	17,9	18,0	18,1
6 "	7,8	7,9	8,0	8,1
7 "	6,2	6,2	6,3	6,3

Die Fortschreibung der Wohnungen nach der Zahl der Räume zeigt, daß die Anteile der kleinsten Wohnungen mit einem oder zwei Räumen und der größeren Wohnungen mit fünf und mehr Räumen zugenommen haben. Dafür ist besonders der Anteil der Dreiraumwohnungen, weniger der Anteil der Vierraumwohnungen, gesunken. Zu den Räumen einer Wohnung zählt auch die Küche. Nicht gezählt werden Räume mit weniger als 6 Quadratmeter Wohnfläche. Absolut hat sich die Zahl der Wohnungen aller Größenklassen erhöht. Besonders hoch war hier von 1967 bis 1970 die Zunahme bei den Wohnungen mit einem Raum (+ 52%), während die starke Gruppe der Dreiraumwohnungen nur um 4% anstieg.

Perspektiven für das Jahr 1971

Die Anzeichen sprechen dafür, daß das Wohnungsbaujahr 1971 wesentlich günstiger aussehen wird als das vergangene. Vor allem gab es im ersten Jahresdrittel im Gegensatz zu 1970 kaum größere witterungsbedingte Arbeitsunterbrechungen. Außerdem wird durch die veränderte Konjunkturlage die Investitionstätigkeit der Wirtschaft beeinträchtigt, so daß der Wohnungsbau frei werdende Kapazität übernehmen kann. Auch der Bauwille ist anhaltend hoch und wächst noch weiter, denn die Baugenehmigungen sind in den ersten sieben Monaten des Jahres 1971 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 2 425 auf 19 558 gestiegen.

Nach dem Bauüberhang 1970 müßte 1971 im Zusammenwirken mit den oben genannten günstigen Voraussetzungen ein neues Rekordbaujahr werden. Wie bereits vorher erwähnt, kann nach der Entwicklung in den letzten Jahren davon ausgegangen werden, daß die Fertigstellungen mindestens die Zahl der zu Beginn des Jahres im Bau befindlichen 32 178 Wohnungen erreicht. Selbst wenn nur 94% des "echten" Bauüberhangs fertiggestellt würden, wären dies noch mehr als 30 000 Wohnungen.

Peter Möller

Haushaltsnettoeinkommen von Arbeitnehmerhaushalten im Januar 1969

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969

Im Anschluß an die Ausführungen im Septemberheft über Ziel und Aufgaben bundesdeutscher Einkommens- und Verbrauchsstichproben beginnen wir heute damit, die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, soweit sie bisher vom Statistischen Bundesamt¹ veröffentlicht worden sind, wiederzugeben.

Die Rechtsgrundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 bildete das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. 1. 1961 (BGBl. I S. 18) in Verbindung mit dem Änderungsgesetz vom 19. 1. 1968 (BGBl. I S. 97). Für die Erhebung wurde ein Auswahlatz von 0,25% aller Haushalte festgelegt. Das entsprach im gesamten Bundesgebiet einer Teilnahme von rund 54 100 Haushalten, in Schleswig-Holstein von 1 955.

Im Januar 1969 suchten etwa 3 000 Interviewer im Bundesgebiet (davon 98 in Schleswig-Holstein) die ausgewählten Haushalte auf und führten das Grundinterview durch, in dem Angaben über die personelle Zusammensetzung der Haushalte, die Erwerbstätigkeit der Haushaltsmitglieder, ihre Einkommen, ihre Wohn- und Mietverhältnisse sowie die Ausstattung des Haushalts mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern erhoben wurden. Die Teilnahme war freiwillig. Von 52 700 Haushalten im Bundesgebiet gingen brauchbare Erhebungsunterlagen ein, in Schleswig-Holstein waren es 1 940. Bis zum Schlußinterview hielten im Bund 48 000 Haushalte, in Schleswig-Holstein 1 925 oder 99% des Solls der Haushalte durch.

Die Stichprobe war so angelegt, daß möglichst alle Haushaltsgruppen hinsichtlich der sozialen Stellung, der Haushaltsgröße und der Einkommenslage ausreichend repräsentiert wurden. Wie schon die Erfahrung aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 gezeigt hatte, beteiligten sich die Haushalte mit hohem Einkommen nur in geringer Zahl, so daß die Aussagefähigkeit der Erhebung hinsichtlich der hohen Einkommensgruppen begrenzt ist.

Obwohl ansonsten die Zahl der eingegangenen Grundinterviews insgesamt gesehen etwas über dem Erhebungssoll lag, wurde das Erhebungssoll für Haushalte, die nur aus einer Person

bestanden, und für Zwei- und Drei-Personen-Haushalte von Arbeitern und Landwirten nicht erreicht. Um zwischen unter- und überbesetzten Haushaltsgruppen auszugleichen, sind die Ergebnisse nach dem Mikrozensusergebnis vom April 1968 hochgerechnet worden.

Einnahmen und Ausgaben wurden von den Haushalten selbst angeschrieben, und zwar für die meiste Zeit nur in grober Form, für den Monat Oktober 1969 jedoch in Feinschreibungen. In den Haushaltsbüchern mit Feinschreibungen mußte jede, auch die kleinste Einnahme oder Ausgabe vom Haushalt verbucht werden. Ein erheblicher Teil der täglichen Eintragungen entfiel auf Käufe von Nahrungs- und Genussmitteln, die im Schnitt 60 bis 70% aller einzelnen Kaufakte ausmachten.

Den Abschluß der Erhebung bildete das sogenannte Schlußinterview, das in der Hauptsache Fragen über die Art der Ersparnisbildung sowie über die Höhe der einzelnen Vermögensteile enthielt.

Die Anwendung des Marktentnahmepinzips auf der Ausgabenseite der Haushaltsbudgets bedingte entsprechende Abgrenzungen auf der Einnahmenseite. So durften Einkommensvorteile, die dem Haushalt in Form unentgeltlicher Leistungen des Staates oder der Unternehmen oder aus hauswirtschaftlicher Eigenproduktion zuflossen, nicht als Einnahmen verbucht werden. Dagegen waren die Gegenwerte für unterstellte Käufe, also etwa Entnahmen aus dem eigenen Betrieb, Deputate und Nutzung von Eigentümerwohnungen, wie Bareinkünfte der jeweiligen Art zu behandeln. Die Bewertung erfolgte zu Einzelhandelspreisen. Ein besonders schwieriges Problem war die Berechnung jener Einkünfte, die der Haushalt durch quasi unternehmerische Tätigkeit erzielte, z. B. durch Vermietung eines eigenen Hauses, Untervermietung, Verkauf von Produkten aus dem eigenen Garten, weil diesen Einkünften sogenannte "werbende Ausgaben" für laufende Betriebs- und Instandhaltungskosten gegenüberstehen.

Im Rahmen des Grundinterviews wurden die erfaßten Haushalte nach der Höhe des Gesamteinkommens aller Haushaltsmitglieder gefragt. Unter monatlichem Einkommen war die Summe aller Einkünfte aus Erwerbstätigkeit (Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Unternehmertätigkeit), aus Vermögen, aus empfangenen Einkommens- und Vermögensübertragungen (Renten und Pensionen), aus

¹) Vergleiche M. Euler in *Wirtschaft und Statistik* 1969, S. 650 ff. (November)

Vermietung und Verpachtung, aus der Auflösung und Umwandlung von Vermögen sowie aus der Aufnahme von Krediten zu verstehen. Zieht man von dem Bruttoeinkommen die Einkommen-, Kirchen- und Vermögensteuer sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ab, so erhält man das Nettoeinkommen.

Die Haushalte sollten nicht die absoluten Beträge angeben, sondern sich in eine von 12 vorgegebenen Einkommensgruppen einstuft. Der Grund für diese besonders in der Markt- und Meinungsforschung angewandte Befragungstechnik ist, daß die Haushalte eher bereit sind, sich in eine vorgegebene Einkommensgruppe einzustufen, als die genaue Höhe ihrer Einkünfte anzugeben. Allerdings wird häufig eine zu niedrige Einkommensgruppe gewählt, besonders von den Selbständigen, die ihr gegenwärtiges Einkommen zum Zeitpunkt der Befragung noch gar nicht kennen und sich entweder an den derzeitigen Privatentnahmen oder an dem steuerlichen Einkommen des Vorjahres orientieren.

Für eine Unterstichprobe zum Zwecke der Untersuchung des Verbrauchs von Nahrungs- und Genußmitteln in Arbeitnehmerhaushalten wurden alle Mehr-Personen-Haushalte mit einem Beamten, Angestellten oder Arbeiter als Haushaltungsvorstand besonders ausgezählt und dabei nach der Zahl der Haushaltsmitglieder und nach dem Haushaltsnettoeinkommen gegliedert. Außer Betracht blieben also die Haushalte von Selbständigen und Nichterwerbstätigen sowie alle Ein-Personen-Haushalte. Die Ergebnisse dieser Auszählung werden im folgenden dargestellt. Die in der Befragungstechnik begründeten Unsicherheiten hinsichtlich des Haushaltsnettoeinkommens sind bei Arbeitnehmerhaushalten erfahrungsgemäß gering. Der Untersuchung lagen die Angaben von 29 600 Arbeitnehmerhaushalten mit zwei und mehr Haushaltsmitgliedern zu Grunde. Davon lieferten 84% Angaben über die Zusammenhänge zwischen dem Haushaltsnettoeinkommen und der Erwerbstätigkeit der Ehefrau in ausgewählten Haushaltstypen.

Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und Haushaltsgröße

Die in der Tabelle nachgewiesenen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Mit steigender Kopfzahl geht der Anteil der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von weniger als 800 DM zurück, während sich der Anteil der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von 1 200 und mehr DM erhöht. Das gilt für Beamte, Angestellte und Arbeiter. Die günstigere Einkommens-

Mehr-Personen-Arbeitnehmerhaushalte nach dem Haushaltsnettoeinkommen und der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes im Januar 1969

Haushalte mit ... Mitgliedern	Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... DM					
	unter 600	600 - 800	800 - 1 200	1 200 - 1 800	1 800 - 2 500	2 500 und mehr
	in % aller Haushalte					
	Haushaltsvorstand: Beamter					
2	(7)	30	41	18	(3)	
3	8	33	37	18	(4)	
4	(3)	33	40	20	(4)	
5 und mehr	.	21	43	28	(8)	
	Haushaltsvorstand: Angestellter					
2	(2)	9	35	36	14	4
3	.	7	37	36	15	5
4	.	4	37	35	17	6
5 und mehr	.	3	30	41	18	8
	Haushaltsvorstand: Arbeiter					
2	7	31	43	18	1	.
3	3	24	51	20	2	.
4	(2)	21	56	18	3	.
5 und mehr	(2)	16	54	23	5	.

schichtung der größeren Haushalte bedeutet allerdings keineswegs, daß diese Haushalte finanziell besser gestellt sind. Für einen Vergleich der finanziellen Leistungsfähigkeit müßte das Durchschnittseinkommen je Haushaltsmitglied oder je Vollperson herangezogen werden, das jedoch für Januar 1969 nicht vorliegt. Aus früheren Erhebungen ist aber bekannt, daß das verfügbare Einkommen je Haushaltsmitglied umso geringer ist, je mehr Personen dem Haushalt angehören.

2. Es gab im Januar 1969 offensichtlich kaum noch Beamten- und Angestelltenhaushalte mit zwei und mehr Haushaltsmitgliedern, die über ein Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 600 DM verfügten. Bei den Arbeiterhaushalten mit zwei Personen betrug der Anteil der Haushalte mit derartigen geringen Einkünften immerhin noch 7%.
3. Der Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 2 500 und mehr DM lag je nach Haushaltsgröße bei den Beamten und Angestellten zwischen 3 und 8%. Bei den Arbeitern war die Zahl derartiger Haushalte so gering, daß sie für einen statistisch gesicherten Nachweis nicht ausreicht.
4. Die Beamtenhaushalte haben im ganzen gesehen eine etwas günstigere Einkommensschichtung aufzuweisen als die Angestelltenhaushalte, was u. a. darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die meisten Angestellten Pflichtbeiträge zur

Sozialversicherung entrichten müssen, die Beamten jedoch nicht. Es ist also durchaus möglich, daß sich bei einer Gliederung nach dem Haushaltsbruttoeinkommen ein etwas anderes Bild ergeben würde. Die Arbeiterhaushalte fielen gegenüber den beiden ersten Gruppen stark ab.

Einkommenschichtung

von Arbeitnehmerhaushalten 1957 und 1969

Aus verschiedenen Gründen ist ein Vergleich der ermittelten Einkommenschichtung mit Ergebnissen früherer Erhebungen nicht unproblematisch, insbesondere sind die Ergebnisse der Vorerhebung und der eigentlichen Erhebung 1962/63 für einen Vergleich nicht geeignet. Stellt man trotzdem zwischen den im Frühjahr 1957 ermittelten Werten der 1%-Wohnungserhebung und der Auswertung des Grundinterviews von Januar 1969 einen Vergleich an, so zeigt sich bei allen Haushaltsgruppen ein Hinüberwandern von den unteren in die höheren Einkommensgruppen. Am augenfälligsten ist die sprunghafte Abnahme des Anteils der Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 600 DM. Er lag 1957 bei Beamten- und Angestelltenhaushalten mit zwei und mehr Personen noch bei 48 bis 61%, bei den entsprechenden Arbeiterhaushalten sogar bei 78 bis 88%. Im Januar 1969 betrug er dagegen nur noch bei den Zwei-Personen-Haushalten von Arbeitern mehr als 3%. Kaum weniger augenfällig ist der gestiegene Anteil der Haushalte in der höchsten nachgewiesenen Einkommensgruppe. Im Frühjahr 1957 erzielte nur jeder sechste Beamten- und jeder neunte Angestelltenhaushalt mit 5 und mehr Personen ein monatliches Nettoeinkommen von 1 200 und mehr DM, und bei den kleineren Haushalten war ein derartiges Einkommen noch weit seltener. Im Januar 1969 verfügte selbst bei den Arbeitern, die 1957 in dieser Einkommensgruppe kaum vertreten waren, mehr als jeder fünfte Mehr-Personen-Haushalt über entsprechende Einkünfte, bei den Beamten und Angestellten war es mehr als jeder zweite.

Haushaltsnettoeinkommen und Erwerbstätigkeit der Ehefrau

Der größte Teil der bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 erfaßten Mehr-Personen-Haushalte von Arbeitnehmern (knapp 90%) bestand ausschließlich aus Ehepaaren mit ledigen Kindern oder aus kinderlosen Ehepaaren.

In die folgende Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen sozialer Stellung des Haushaltsvorstands, Haushaltsnettoeinkommen

Haushalte von Arbeitnehmer-Ehepaaren nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes, Kinderzahl, Haushaltsnettoeinkommen und Erwerbstätigkeit der Ehefrau

Haushalte von Ehepaaren mit ... Kindern ¹	Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... DM, in denen die Ehefrau mitarbeitet			
	600	800	1 200	1 800
	-	-	-	-
	800	1 200	1 800	2 500
	in % aller Haushalte			
	Haushaltsvorstand: Beamter			
0	(17)	32	51	(50)
1	2	11	19	36
2	(0)	5	11	15
3	.	2	7	12
4	.	(3)	3	(7)
	Haushaltsvorstand: Angestellter			
0	8	24	59	57
1	5	15	30	40
2	4	8	21	22
3	(7)	5	11	10
4	.	4	8	(10)
	Haushaltsvorstand: Arbeiter			
0	11	46	(91)	.
1	7	31	72	.
2	5	17	54	.
3	6	13	44	.
4	12	10	26	(26)

1) ledige Kinder unter 21 Jahren

und Erwerbstätigkeit der Ehefrau in Arbeitnehmerhaushalten gleichen Typs wurden Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 600 DM sowie von 2 500 und mehr DM wegen ihrer geringen zahlenmäßigen Bedeutung nicht einbezogen. Als erwerbstätig im Sinne dieser Statistik wurden nur Ehefrauen angesehen, die als soziale Stellung Selbständige, Beamtin, Angestellte oder Arbeiterin angegeben hatten.

Wie die Tabelle zeigt, ist - unabhängig von der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes - der Anteil der erwerbstätigen Ehefrau umso höher, je weniger Kinder sich im Haushalt befinden. Der Umfang der Hausarbeit und insbesondere die für Pflege und Beaufsichtigung mehrerer Kinder erforderliche Zeit lassen in größeren Familien eine Erwerbstätigkeit der Ehefrau im allgemeinen nicht zu. Insofern ist es bemerkenswert, daß dennoch bei den Familien mit 3 und mehr Kindern ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Ehefrauen erwerbstätig war. Wahrscheinlich handelt es sich dabei häufig um Teilzeitbeschäftigungen. Auch die Ausübung von Teilzeitbeschäftigung setzt aber in der Regel voraus, daß sich haushaltsfremde Personen (z. B. die Großeltern) um die Kinder kümmern oder daß die älteren Kinder die jüngeren bereits versorgen können.

Die Bedeutung der Erwerbstätigkeit der Ehefrau für das Haushaltsnettoeinkommen ist unschwer zu erkennen. In der untersten nachgewiesenen Einkommensgruppe ist der Anteil der erwerbstätigen Ehefrauen am kleinsten, in der obersten Einkommensgruppe am größten. In vielen Fällen wird also ein höheres Einkommen und damit ein höheres Niveau der Lebenshaltung nur durch die Mitarbeit der Ehefrau ermöglicht. Das gilt insbesondere für die Haushalte von Arbeitern,

bei denen - unabhängig vom Familientyp - ein monatliches Nettoeinkommen von 1 200 und mehr DM weit häufiger nur durch die Mitarbeit der Ehefrau erzielt werden konnte als in vergleichbaren Haushalten von Beamten und Angestellten. So war in der Einkommensgruppe von 1 200 bis unter 1 800 DM bei den Ehepaaren ohne Kinder in 51% der Beamten- und 59% der Angestellten-Haushalte, aber in 91% der Arbeiter-Haushalte die Ehefrau erwerbstätig.

Dr. Georg Goldmann

ZUR GRAFIK DES MONATS:

Lebenshaltungsausgaben und Arbeitsverdienste 1962 - 1970

In der umseitigen "Grafik des Monats" sind Ergebnisse aus verschiedenen Statistiken zusammengestellt. Dies ist ohne Rücksicht auf unterschiedliche Definitionen geschehen, denn auch der Benutzer der Statistiken gerät immer wieder in die Lage, ohne Umformungen und Umrechnungen sich schnell ein Bild machen zu müssen. Wenn man nur Größenordnungen und Zusammenhänge erkennen will, ist dieses Vorgehen berechtigt und geboten.

Die Grafik zeigt, daß über den Zeitraum von 8 Jahren hinweg die Verdienste der Arbeiter und Angestellten um etwa 80 % angestiegen sind. Die höchsten hier dargestellten Verdienste, die der mittleren Angestellten der Industrie, sind nur um 72 % gewachsen, die der Industrie-Facharbeiter dagegen um 90 %. Besonders ist aber zu sehen, daß die Löhne der Landarbeiter sich nur um 54 % erhöhten. Ein Aufschließen der Nachzügler ist in dieser Zusammenstellung nicht zu erkennen. Trotz Verschiebung im einzelnen bleiben die Relationen im großen und ganzen erhalten. Der Einzelne kann - über den durchschnittlichen Lohnanstieg hinaus - einen höheren Lohn durch Qualifizierung oder durch steigendes Lebensalter erreichen.

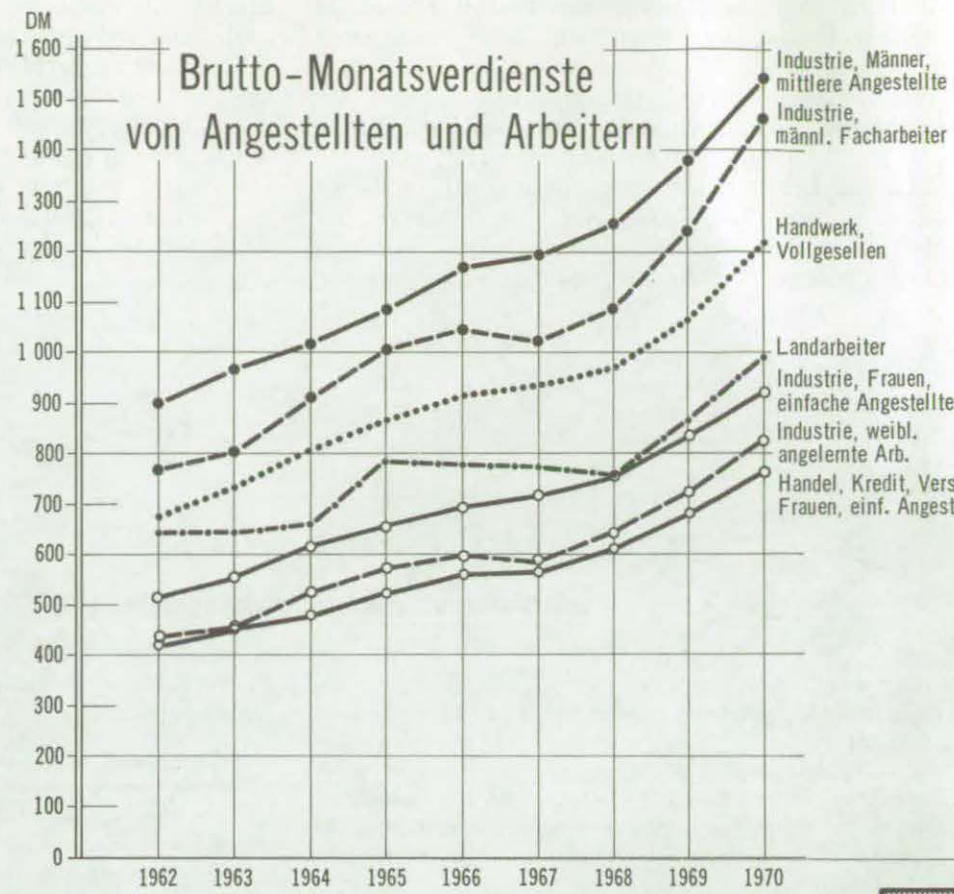
Diese Verdienststeigerungen werden zum Teil durch gleichzeitige Preissteigerungen aufgezehrt. Über diese Änderungen der Preise geben die weiteren Bilder Auskunft. Ihnen liegt der Preisindex für die Lebenshaltung zugrunde. Es sind hier aber nicht die Maßziffern dargestellt, sondern die Aufwandsbeträge, die man für den Kauf des "Warenkorbes" ausgeben muß. Im Ganzen mußten 1970 bei höherem Einkommen 23 % und bei mittlerem 24 % mehr aufgewendet werden, um die gleichen Waren und Dienstleistungen wie 1962 zu kaufen. Diese Steigerung ist nicht für alle Bereiche gleich. Nahrungs- und Genußmittel und Bekleidung verteuerten sich nur um 15 bis 18 %, während die Wohnungsmiete mit 59 % und 69 % Erhöhung sichtbar aus dem Rahmen fällt.

Nun darf man nicht einfach die Steigerungsrate der Verdienste mit der der Preise vergleichen, um die Differenz als realen Zuwachs zu deuten. Die Verdienste sind nämlich Bruttobeträge, die gar nicht vollständig verbraucht werden können. Mit steigendem Einkommen sinkt der Anteil, der als "ausgabefähiger Betrag" verfügbar ist. Um das zu verdeutlichen, ist seitlich der

Preisindexkurven in Säulen die Aufteilung der Haushaltseinnahmen dargestellt.

Bei Einnahmen 1962 von etwas über 900 DM wurden 12 % durch Pflichtabgaben für Steuern und Sozialversicherung einbehalten; 1970 wurden von den Einnahmen von über 1 500 DM aber fast 19 % hierfür aufgewendet. Mit steigenden Einnahmen steigen diese Belastungen also nicht nur absolut, sondern auch relativ. Entsprechend ging der Anteil für den privaten Verbrauch von 79 % auf 71 % zurück, obwohl der absolute Betrag hierfür beachtlich stieg. Die Ersparnis wuchs von 4 % auf 6 %. Da in den höheren Einkommen auch solche von Beamten enthalten sind, die keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, liegt hier der Anteil für Pflichtabgaben niedriger. Im Jahre 1964 (1962 nicht verfügbar) betrug er 11 % bei Einnahmen von über 2 100 DM und erreichte 1970 14 % bei fast 2 800 DM Einnahmen. Der Anteil des privaten Verbrauchs ging von 70 % auf 67 % zurück, während die Sparrate von 11 % geringfügig wuchs. Auch die Steigerungsrate der "ausgabefähigen Beträge", verglichen mit der Preisentwicklung, darf noch nicht als Anzeiger des realen Zuwachses angesehen werden; sie ist statistisch niedriger als im konkreten Fall wegen des folgenden methodischen Umstandes: In den Wirtschaftsrechnungen, aus denen diese Angaben stammen, werden Haushalte bestimmter Einkommensklassen erfaßt. Im Laufe der Zeit wachsen diese Haushalte durch individuelle Einkommensverbesserung aus ihrer Klasse heraus. Sie scheiden dann aus und werden durch andere mit niedrigerem Einkommen ersetzt. Die Säulen zeigen also nicht die Einnahmenentwicklung bestimmter Haushalte, sondern nur die Aufteilung der Einnahmen für eine wechselnde Gruppe von Haushalten, die wesentlich nach ihrer Einkommenshöhe ausgewählt wurden.

Der reale Zuwachs - mehr und bessere Güter - kommt teilweise darin zum Ausdruck, daß die Ausgaben für den privaten Verbrauch stärker gestiegen sind als die Kosten des Warenkorbes. Dies ist wegen der bereits besseren Ausgangsposition bei den Haushalten mit höherem Einkommen weniger deutlich als bei denen mit mittlerem Einkommen. Alle Darstellungen zusammen zeigen, daß trotz gestiegener Preise und trotz der Tatsache, daß höhere Einkommen auch relativ stärker belastet werden, die Verdienste so stark angewachsen sind, daß eine beachtliche Erhöhung des Lebensstandards möglich war.

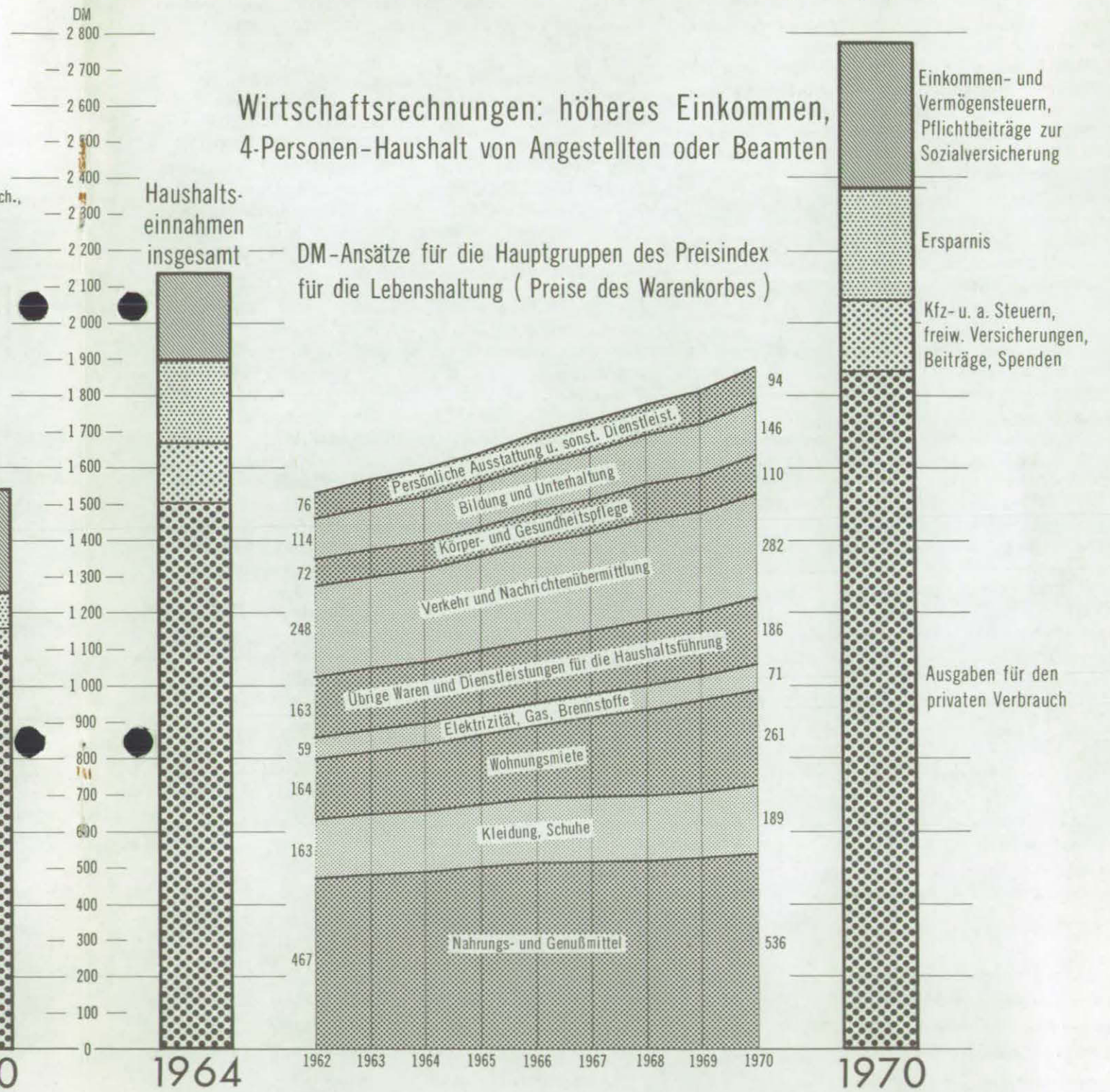


Text zu diesem Bild siehe vorige Seite

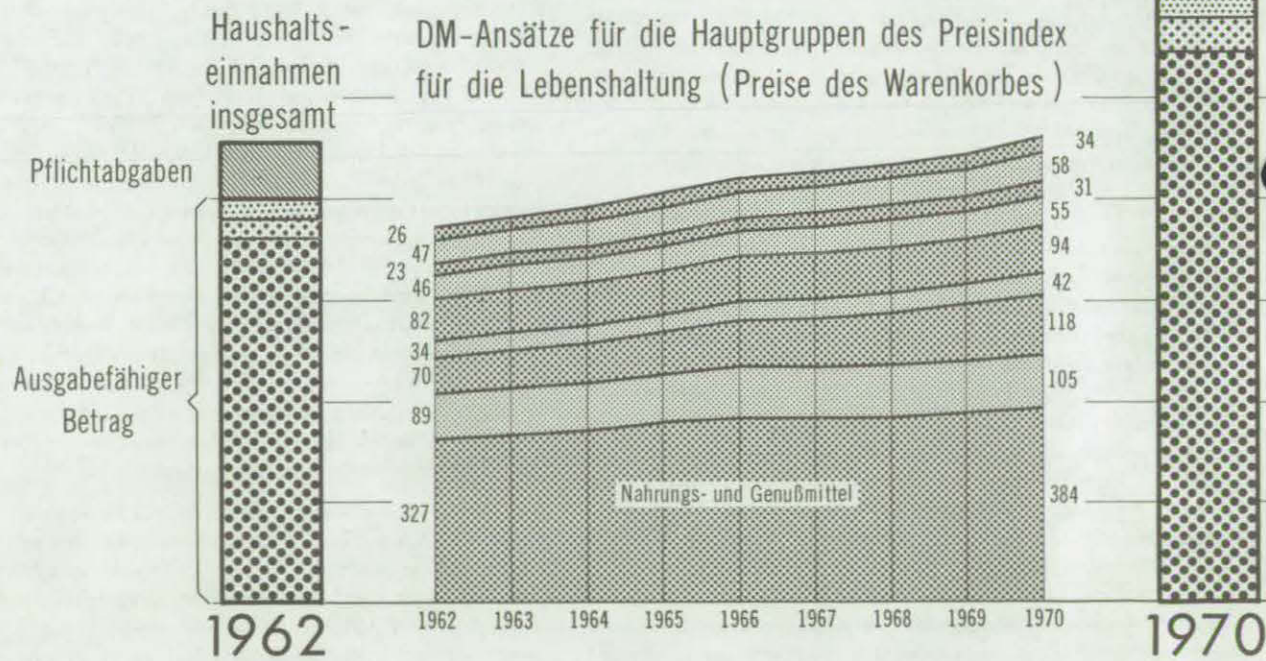
Alle Teile des Bildes enthalten DM-Beträge im gleichen Maßstab

LEBENSHALTUNGS-AUSGABEN UND ARBEITSVERDIENSTE 1962 BIS 1970

Wirtschaftsrechnungen: höheres Einkommen, 4-Personen-Haushalt von Angestellten oder Beamten



Wirtschaftsrechnungen: mittleres Einkommen, 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt



Arbeitsstätten und tätige Personen in den kreisfreien Städten 1961 und 1970

Die ersten vorläufigen Ergebnisse der Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten vom 27. 5. 1970 liegen für die kreisfreien Städte aus einer Vorwegaufbereitung vor. Danach ist seit 1961, dem Jahr der vorangegangenen Arbeitsstättenzählung, die Zahl der Arbeitsstätten um gut ein Fünftel zurückgegangen; gleichzeitig hat die Zahl der tätigen Personen um 1,5% zugenommen. Die durchschnittliche Betriebsgröße erhöhte sich damit von 11,5 Beschäftigten (1961) auf nunmehr 15 Beschäftigte. Die Tendenz zu größeren Wirtschaftseinheiten (Betrieben) ist demnach weiterhin wirksam gewesen. In den kreisfreien Städten hat sich die Zahl der Arbeitsstätten etwas stärker als im ganzen Lande vermindert, wo sie nach einer ersten Übersicht nur um etwa 14% weniger geworden sind.

Betrachtet man die Veränderungen in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen, dann fällt der Rückgang von Arbeitsstätten des Handels besonders auf; in einem knappen Jahrzehnt haben per Saldo fast 4 000 Handelsbetriebe ihre Tätigkeit aufgegeben. Der Beschäftigtenbestand verminderte sich um nahezu 13%. In der Wirtschaftsabteilung "Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe" hat sowohl die Zahl der Arbeitsstätten als auch der tätigen Personen zugenommen. Die Veränderungen in dieser Wirtschaftsabteilung waren unterschiedlich. Bei den Kreditinstituten, die in den letzten Jahren ihr Filialnetz kräftig ausgeweitet haben, stieg die Zahl der Arbeits-

stätten um mehr als 50% an, der Beschäftigtenzuwachs erreichte fast 40%, während im Versicherungsgewerbe die Zahl der Arbeitsstätten um rund 13% zurückging und der Zuwachs an tätigen Personen nur etwa 16% ausmachte.

Die Ausdehnung der staatlichen Aktivitäten kommt in der starken Zunahme der Beschäftigten in der Wirtschaftsabteilung "Gebietskörperschaften, Sozialversicherung" deutlich zum Ausdruck. Auch wenn die Zuwachsraten etwas überhöht sind, da in den Daten für 1961 die Zivilbediensteten bei Bundeswehr und Bundesgrenzschutz fehlen, bleibt doch die Grundtatsache der überdurchschnittlichen Expansion bestehen.

Die Ergebnisse erlauben auch - beschränkt auf die kreisfreien Städte - einige Aussagen über die zwischenzeitlich eingetretenen Strukturveränderungen. Geht man von den tätigen Personen aus, dann ist das "Verarbeitende Gewerbe" (Wirtschaftsabteilung 2) nach wie vor die gewichtigste Wirtschaftsabteilung; jeder dritte Beschäftigte findet hier seinen Arbeitsplatz und bezieht sein Einkommen aus der Mitwirkung bei der Güterproduktion. Das verarbeitende Gewerbe hat zwar seit 1961 etwas von seinem Gewicht eingebüßt, bleibt aber in der Wirtschaftsstruktur der kreisfreien Städte eindeutig der dominierende Faktor. Mit deutlichem Abstand folgt die Wirtschaftsabteilung "Gebietskörperschaften, Sozialversicherung", die den Handel vom zweiten

Arbeitsstätten und tätige Personen in den kreisfreien Städten nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung	Arbeitsstätten				Tätige Personen			
	6.6.1961 ¹		27.5.1970		6.6.1961 ¹		27.5.1970	
	Veränderung		Veränderung		Veränderung		Veränderung	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
0 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²	329	300	- 29	- 8,8	1 196	1 820	+ 624	+ 52,2
1 Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	35	36	+ 1	+ 2,9	3 936	3 898	- 38	- 1,0
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	4 221	3 211	- 1 010	- 23,9	111 040	105 488	- 5 552	- 5,0
3 Baugewerbe	1 453	1 237	- 216	- 14,9	28 629	25 172	- 3 457	- 12,1
4 Handel	11 133	7 162	- 3 971	- 35,7	60 691	53 041	- 7 650	- 12,6
5 Verkehr, Nachrichtenübermittlung	1 425	1 055	- 370	- 26,0	25 113	24 890	- 223	- 0,9
6 Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	637	700	+ 63	+ 9,9	7 853	10 151	+ 2 298	+ 29,3
7 Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	6 499	5 907	- 592	- 9,1	31 422	32 619	+ 1 197	+ 3,8
8 Organisationen ohne Erwerbscharakter	622	573	- 49	- 7,9	5 758	6 425	+ 667	+ 11,6
9 Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	937	1 075	+ 138	+ 14,7	38 028	54 787	+ 16 759	+ 44,1
0 - 9 Alle Wirtschaftsabteilungen	27 291	21 256	- 6 035	- 22,1	313 666	318 291	+ 4 625	+ 1,5

1) ohne Arbeitsstätten und Zivilbedienstete im Bereich der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes

2) Arbeitsstätten aus dieser Abteilung waren nur dann einzubeziehen, wenn sie steuerlich als Gewerbebetriebe gelten

Platz verdrängt hat. Dieser verlor rund 7 600 Beschäftigte und verminderte damit seinen Anteil von 19,3% auf 16,7%. Aus der nachstehenden Übersicht, die nicht wie üblich in wirtschaftssystematischer Ordnung, sondern nach dem Beschäftigtenanteil 1970 aufgebaut ist, sind weitere Einzelheiten zu entnehmen.

Wirtschaftsabteilung	In den kreisfreien Städten tätige Personen 1970		dagegen 1961
	Anzahl	Anteil in %	Anteil in %
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	105 488	33,1	35,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung ¹⁾	54 787	17,2	12,1
Handel	53 041	16,7	19,3
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	32 619	10,2	10,0
Baugewerbe	25 172	7,9	9,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	24 890	7,8	8,0
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	10 151	3,2	2,5
Organisationen ohne Erwerbscharakter	6 425	2,0	1,8
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	3 898	1,2	1,3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 820	0,6	0,4
Zusammen	318 291	100	100

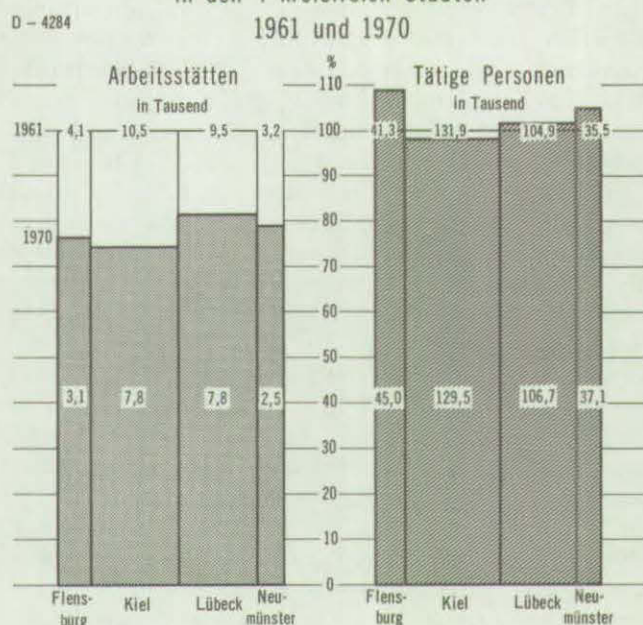
1) 1970 einschließlich 1961 ohne Zivilbedienstete bei Bundeswehr und Bundesgrenzschutz

Das Baugewerbe ist trotz rückläufiger Beschäftigtenzahl (- 12%) auf dem 5. Platz geblieben. Eine verringerte Baukapazität läßt sich daraus aber auf keinen Fall herleiten. Hier ist nämlich menschliche Arbeitskraft durch überaus intensiven Kapitaleinsatz mehr als ausgeglichen worden, was auch die von 1962 bis 1970 mengenmäßig um 26% gestiegene Bauproduktion bestätigt. Unter den, vom Beschäftigungsvolumen her gesehen, kleineren Wirtschaftsabteilungen ist noch das Kredit- und Versicherungsgewerbe zu erwähnen, das mit einem Zugang von rund 2 300 tätigen Personen (+ 30%) seinen Anteil von 2,5% auf 3,2% merklich erhöhte. Demgegenüber hat sich die Beschäftigung in der Wirtschaftsabteilung "Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen" (das sind unter anderen Ärzte, Rechtsanwälte, Gaststätten und Frisöre) nicht so stark ausgedehnt, wie man es vielleicht erwartet hätte. Zu beachten ist, daß in der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung aus der Wirtschaftsabteilung "Land- und Forstwirtschaft, Fischerei" nur ein kleiner Ausschnitt der gesamten Wirtschaftsabteilung enthalten ist.

Jede fünfte Arbeitsstätte aufgegeben

Der Bestand an Arbeitsstätten war in allen vier kreisfreien Städten rückläufig, am stärksten in Kiel. Als einzige kreisfreie Stadt hat Kiel auch weniger Beschäftigte als 1961. Das könnte mit der relativ größeren Knappheit an Gewerbeflächen in Kiel zusammenhängen, was die Betriebe - bei steigendem Flächenbedarf - zur Verlagerung in das benachbarte Umland veranlaßt. Eine endgültige Aussage darüber ist jedoch erst nach Vorliegen der vollständigen regionalen Ergebnisse möglich. Hinsichtlich der durchschnittlichen Betriebsgröße weichen Flensburg und Neumünster kaum voneinander ab. Mit 14,5 und 14,6 tätigen Personen je Arbeitsstätte bleiben sie nur geringfügig unter dem Durchschnitt aller kreisfreien Städte mit 15. In Kiel gibt es mehr größere Arbeitsstätten, wie aus der Zahl von 16,5 tätigen Personen je Arbeitsstätte hervorgeht. In Lübeck sind die Arbeitsstätten mit durchschnittlich 13,7 tätigen Personen etwas kleiner. 1961 hatte Flensburg mit durchschnittlich 10,2 Beschäftigten den niedrigsten Wert aufzuweisen, Lübeck und Neumünster waren damals mit 11 Beschäftigten je Arbeitsstätte gleichrangig, während Kiel mit 12,6 Beschäftigten auch 1961 leicht über dem Mittelwert der kreisfreien Städte (11,5) lag. Die an dem groben Durchschnitt "Zahl der tätigen Personen" orientierte Beurteilung der Betriebsgrößenstruktur kann heute nur noch einen ersten Eindruck von der Wirtschaftsstruktur einer Region vermitteln, da der Produktionsfaktor Arbeitskraft in kapitalintensiven Branchen kein hinreichendes Kriterium für die "Betriebsgröße" mehr

Arbeitsstätten und tätige Personen in den 4 kreisfreien Städten 1961 und 1970



Arbeitsstätten und tätige Personen 1961 und 1970 in den kreisfreien Städten

Kreisfreie Stadt	Arbeitsstätten				Tätige Personen			
	6. 6. 1961	27. 5. 1970	Veränderung		6. 6. 1961	27. 5. 1970	Veränderung	
			absolut	in %			absolut	in %
Flensburg	4 067	3 109	- 958	- 23,6	41 341	45 017	+ 3 676	+ 8,9
Kiel	10 478	7 827	- 2 651	- 25,3	131 903	129 469	- 2 434	- 1,8
Lübeck	9 523	7 775	- 1 748	- 18,4	104 946	106 688	+ 1 742	+ 1,7
Neumünster	3 223	2 545	- 678	- 21,0	35 476	37 117	+ 1 641	+ 4,6
Insgesamt	27 291	21 256	- 6 035	- 22,1	313 666	318 291	+ 4 625	+ 1,5

darstellt. Angaben über den Produktionsfaktor Kapital sind jedoch aus der Arbeitsstättenzählung nicht zu gewinnen, so daß nur der Weg über eine Analyse der Branchenstruktur verbleibt.

Wirtschaftsstruktur in den kreisfreien Städten:

Flensburg

Wie schon eingangs erwähnt wurde, ist in allen kreisfreien Städten das verarbeitende Gewerbe die Wirtschaftsabteilung mit den meisten Beschäftigten. In Flensburg ist das verarbeitende Gewerbe 1970 mit einem Beschäftigtenanteil von 27,1% allerdings schwächer besetzt als in allen anderen kreisfreien Städten. Dafür hat hier der Handel mit 19,1% der Beschäftigten ein größeres Gewicht. Dieser hohe Anteil wird von keiner anderen kreisfreien Stadt auch nur annähernd erreicht. Die Funktion von Flensburg als Einkaufszentrum nicht nur für die Bevölkerung der angrenzenden Landkreise, sondern wohl auch für den südlichen Teil Jütlands wird damit dokumentiert. Beträchtlich überdurchschnittlich ist auch der Beschäftigtenanteil (4%) in der Wirtschaftsabteilung "Organisationen ohne Erwerbscharakter", das sind Kirchen, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, aber auch Schulvereine und ähnliche Einrichtungen. Verkehr und Nachrichtenübermittlung spielen in Flensburg eine größere Rolle als etwa in Kiel. Nahezu jeder zehnte Beschäftigte hat in dieser Wirtschaftsabteilung seinen Arbeitsplatz. Die Bediensteten der Bundesbahn und Bundespost machen ungefähr die Hälfte der hier tätigen 4 400 Personen aus. Im Unternehmenssektor der Wirtschaft (Wirtschaftsabteilung 0 - 7) waren 1970 knapp 78%, in den Organisationen ohne Erwerbscharakter und bei den Gebietskörperschaften (Bund, Land, Gemeinde) demzufolge gut 22% aller Beschäftigten tätig. In der folgenden Übersicht sind die drei für die Wirtschaftsstruktur Flensburgs maßgebenden Wirtschaftsabteilungen nach dem jeweiligen Anteil der Beschäftigten dargestellt.

Das verarbeitende Gewerbe hat rund 900 oder fast 8% Beschäftigte mehr als 1961, im Baugewerbe waren es demgegenüber rund 600 oder 13,7% weniger. Der Beschäftigtenzuwachs bei den Gebietskörperschaften ist im erheblichen Umfang auf die 1970 erfolgte Einbeziehung der Zivilbediensteten bei Bundeswehr und Bundesgrenzschutz zurückzuführen. Daraus ergibt sich, daß bei Ausschaltung der Vergleichsstörung das verarbeitende Gewerbe seinen ersten Platz gut behauptet hat; ohne die zivilen Beschäftigten von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz würde sich sein Anteil nämlich auf etwa 28% stellen und damit etwas höher als 1961 sein.

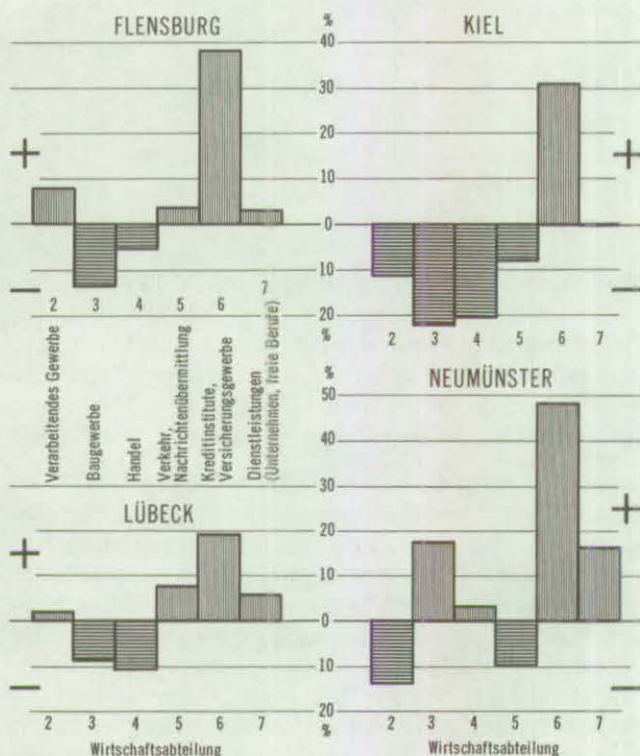
Wirtschaftsabteilung	Tätige Personen 1970		dagegen 1961	Veränderung der Beschäftigtenzahl gegen 1961
	Anzahl	Anteil in %	Anteil in %	
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	12 190	27,1	27,3	+ 886
4 Handel	8 586	19,1	22,0	- 497
9 Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	8 248	18,3	12,8	(+ 2 968)
Zusammen		64,5	62,1	

Kiel

Die derzeitige Wirtschaftsstruktur der Landeshauptstadt wird zwar immer noch vom verarbeitenden Gewerbe bestimmt, da die Beschäftigtenzahl hier aber um rund 5 000 (- 11,2%) abgenommen hat, ist der Anteil von 33,6% (von 1961) auf etwas mehr als 30% gesunken. Diese Aussage bleibt auch bestehen, wenn die Zivilbediensteten der Bundeswehr außer Betracht gelassen werden. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes haben lediglich zwei, in der Wirtschaftsstruktur der Stadt nicht sehr beschäftigungsgewichtige Branchen expandiert, und zwar Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung und das Holz-, Papier- und Druckgewerbe. Der hier eingetretene Zuwachs von rund 650 Beschäftigten konnte aber die Verluste, die in allen anderen Wirtschafts-

Zu- und Abnahme der tätigen Personen in den Wirtschaftsabteilungen von 1961 bis 1970

D - 4285



Unterabteilungen eingetreten sind, nicht ausgleichen. Der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (einschließlich Schiffbau) verlor allein fast 1 700 Beschäftigte. Im Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe waren es noch einmal über 1 300, um nur die bedeutendsten zu nennen.

Von 100 Beschäftigten in Kiel sind mehr als 20 im öffentlichen Dienst und der Sozialversicherung tätig. Dieser hohe Anteil wird von keiner anderen kreisfreien Stadt des Landes erreicht. Damit nimmt die Wirtschaftsabteilung "Gebietskörperschaften, Sozialversicherung" mit deutlichem Abstand vor dem Handel den zweiten Rang ein. Der Handel selbst verringerte seinen Beschäftigtenbestand um mehr als 5 100, das sind 20,5%. Noch stärker war der relative Rückgang nur noch im Baugewerbe, das rund 2 600 Beschäftigte oder 22,4% verlor. Bei den privaten Dienstleistungen (Wirtschaftsabteilung 7) trat keine Veränderung der Beschäftigtenzahl ein. Kräftig zugenommen (+ 31%) hat die Beschäftigtenzahl bei Banken und Versicherungen; der Anteil an allen in der Landeshauptstadt tätigen Personen erhöhte sich auf 4,4%. In Lübeck sind es nur 2,5%. Kiel konnte damit seine Stellung als Bankplatz weiter ausbauen. Bei leicht rückläufiger Beschäftigung in der Wirtschaftsabteilung "Verkehr und Nachrichtenübermittlung" konnte die im Vergleich mit den anderen kreisfreien

Städten relativ schwache Position nicht verbessert werden.

Wirtschaftsabteilung	Tätige Personen 1970		dagegen	Veränderung der Beschäftigtenzahl gegen 1961
	Anzahl	Anteil in %	Anteil in %	
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	39 328	30,4	33,6	- 4 951
9 Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	27 727	21,4	14,2	(+ 8 967)
4 Handel	19 924	15,4	19,0	- 5 149
Zusammen		67,2	66,8	

Hansestadt Lübeck

Die alte Hanse- und Handelsstadt Lübeck ist auch schon längst Industriestadt geworden. Das verarbeitende Gewerbe ist mit einem Beschäftigtenanteil von 37,5% stärker strukturbestimmend als in Kiel und Flensburg. Sein Gewicht ist heute ebenso groß wie in der jungen Industriestadt Neumünster. Abweichend von der Entwicklung in Kiel hat die Beschäftigtenzahl in der Wirtschaftsabteilung "Verarbeitendes Gewerbe" geringfügig zugenommen (+ 2%). In den einzelnen Branchen waren die Veränderungen sehr unterschiedlich: der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (einschließlich Schiffbau) expandierte beträchtlich, seit 1961 ist hier ein Zuwachs von über 4 200 Arbeitskräften (+ 40,6%) eingetreten. Noch expansiver - wenn auch bei geringerem Gewicht - verlief die Entwicklung in der Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung, die Zuwachsrate der Beschäftigtenzahl überschritt 200%. Größere Einbußen hatten das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe hinzunehmen. Jede dieser Branchen verlor mehr als 1 000 Beschäftigte.

Wirtschaftsabteilung	Tätige Personen 1970		dagegen	Veränderung der Beschäftigtenzahl gegen 1961
	Anzahl	Anteil in %	Anteil in %	
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	40 043	37,5	37,4	+ 800
4 Handel	18 516	17,4	19,7	- 2 188
9 Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	13 441	12,6	10,6	(+ 2 354)
Zusammen		67,5	67,7	

Der Handel nimmt in der Wirtschaftsstruktur Lübecks zwar den zweiten Platz ein, er hat aber noch nicht einmal die Hälfte der Beschäftigtenzahl des verarbeitenden Gewerbes aufzuweisen. Er verlor seit 1961 mehr als 10% seiner damaligen Beschäftigtenzahl. Bei den

Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung (Wirtschaftsabteilung 9) sind knapp 13% aller in Lübeck beschäftigten Personen tätig. Das ist der kleinste Anteil unter den kreisfreien Städten. Zu erwähnen ist noch, daß im Lübecker Baugewerbe der Beschäftigtenrückgang mit knapp 9% im Vergleich zu Kiel und Flensburg verhältnismäßig milde ausgefallen ist. Der Rückgang betraf überdies nur das Bauhauptgewerbe, während das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe seine Beschäftigtenzahl gehalten hat.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Banken haben ihren Personalbestand vergrößert, besonders kräftig expandierten dabei die Banken (+ 52,3%). Alles in allem genommen hat der Unternehmenssektor (das sind die Wirtschaftsabteilungen 0 - 7) seine 1961 vorhandene Beschäftigtenzahl nicht ganz halten können. Der Rückgang belief sich auf rund 600 Beschäftigte oder 0,6%.

Neumünster

Die stärksten Strukturänderungen unter den kreisfreien Städten sind in Neumünster eingetreten: Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an allen Beschäftigten in der Stadt ist von 45,7% auf 37,5% abgesunken. Hinter dieser knappen Feststellung steht ein tiefgreifender Strukturwandel. Das Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe - einst der wirtschaftliche Kern der Stadt - schrumpfte in neun Jahren auf weniger als die Hälfte zusammen; rund 4 500 Arbeitskräfte verloren ihren Arbeitsplatz! Diese Verluste wurden zum Teil kompensiert durch den Zugang von über 1 000 Beschäftigten in der Chemischen Industrie und Mineralölverarbeitung (die Herstellung von Kunstfasern gehört systematisch zur Chemie). Um knapp 1 000 Beschäftigte mehr hat jetzt der Stahl-,

Wirtschaftsabteilung	Tätige Personen 1970		dagegen	Veränderung der Beschäftigtenzahl gegen 1961
	Anzahl	Anteil in %	Anteil in %	
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	13 927	37,5	45,7	- 2 287
4 Handel	6 015	16,2	16,4	+ 184
9 Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	5 371	14,5	8,2	+ 2 470
Zusammen		68,2	70,3	

Maschinen- und Fahrzeugbau, fast 500 Personen mehr als 1961 sind in der Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik beschäftigt. Trotz zentraler Verkehrslage war die Beschäftigtenzahl in der Wirtschaftsabteilung "Verkehr, Nachrichtenübermittlung" rückläufig (- 9,5%).

Gewissermaßen als "gerechter" Ausgleich - so könnte man versucht sein zu sagen - für die Einbußen im verarbeitenden Gewerbe hat sowohl im Baugewerbe als auch im Handel die Beschäftigtenzahl gegenüber 1961 zugenommen, eine Entwicklung, die in den drei anderen kreisfreien Städten nicht eingetreten ist. Ebenso bleibt bei den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung - auch nach Ausschaltung der vergleichsstörenden Zivilbediensteten der Bundeswehr - ein beträchtlicher echter Zugang an Arbeitsplätzen.

Es bleibt festzuhalten, daß in Neumünster die Beschäftigtenzahl aller Wirtschaftsabteilungen um 4,6% zugenommen hat, nicht ganz so stark wie in Flensburg (+ 8,9%), aber immer noch um einiges mehr als in Kiel und Lübeck.

Ausführlichere Daten für alle Kreise enthält ein Statistischer Bericht "D0/Arbeitsstättenzählung 1970"; Gemeindeergebnisse werden demnächst in einem Vorwegbericht veröffentlicht werden.

Siegfried Schwarz

Die Seeschifffahrt im Jahre 1968

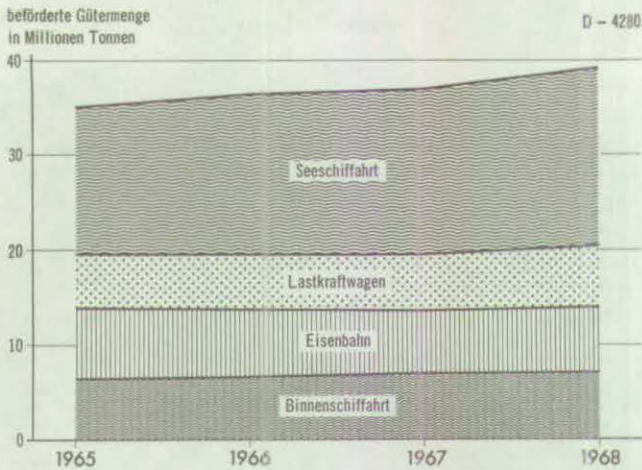
In Schleswig-Holstein wurden im Jahre 1968 39,2 Mill. t Güter befördert, wenn man den Güternahverkehr auf der Straße außer acht läßt. Das ist gegenüber 1965 (35,0 Mill. t) eine Zunahme von etwa einem Achtel. Betrachtet man die Beiträge der verschiedenen Verkehrsträger, so zeigt sich, daß der Trend der "insgesamt beförderten Gütermenge" eindeutig durch die Entwicklung geprägt worden ist, die die Seeschifffahrt in diesem Zeitraum genommen hat.

Unter der Seeschifffahrt Schleswig-Holsteins im Sinne der Güterverkehrsstatistik versteht

man den Transport von Gütern auf dem Seewege zwischen schleswig-holsteinischen Seehäfen, von Schleswig-Holstein in andere Länder und nach Schleswig-Holstein aus anderen Ländern. Ein Schiff verkehrt dann auf dem Seewege, wenn es auf der Reise die Seegrenze überschreitet.

Wie das Bild zeigt, hat der Güterverkehr in der Seeschifffahrt von 15,2 Mill. t 1965 auf 18,7 Mill. t 1968 ziemlich kontinuierlich zugenommen und ist damit um 23% gewachsen. Das Verhältnis von Versandumschlag zu Empfangsumschlag, das etwa 1:2 beträgt,

Der Güterverkehr Schleswig-Holsteins nach Verkehrsträgern



ist annähernd konstant geblieben. Umgekehrt ist es in der Binnenschifffahrt, in der mehr versendet als empfangen wird. Das Verhältnis Versand zu Empfang beträgt hier 3 : 2¹.

Die erste Tabelle zeigt die Veränderung der mengenmäßig wichtigsten Güter. Auf den Mehrtransport von Fahrzeugen entfällt allein gut ein Drittel der Zunahme der insgesamt beförderten Gütermenge. Damit hat der Fährverkehr der schleswig-holsteinischen Seehäfen - besonders der Ostseehäfen Puttgarden, Kiel und Lübeck - weiter erheblich an Bedeutung gewonnen. Während die Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenverkehrsfahrzeuge bis 1964 nicht berücksichtigt wurden, werden sie ab 1965 aufgrund verkehrspolitischer Erfordernisse unter der Güterhauptgruppe "Fahrzeuge" mit erfaßt. Die auf ihnen verladenen Güter sind in der Güterhauptgruppe "Sammel- und Stückgut" enthalten, die ebenfalls erheblich an Bedeutung gewonnen hat (+ 230 000 t), während die von den Fährschiffen unmittelbar transportierten Güter den jeweiligen Güterhauptgruppen zugerechnet werden.

Ferner wurde wesentlich mehr rohes Erdöl (+ 400 000 t), Kraftstoffe (+ 264 000 t), Steinkohle (+ 224 000 t), sonstige Waren (+ 185 000 t) und sonstige Steine und Erden (+ 179 000 t) empfangen, stark expansiv war der Versand von Frischfrüchten und Gemüse. Auch viele der nicht in der Tabelle aufgeführten Güterhauptgruppen wurden in größerem Ausmaß umgeschlagen, so z. B. Glas, Baustoffe und ähnliche Halb- und Fertigwaren (+ 81 000 t) oder Eisen-, Blech- und Metallwaren (+ 79 000 t). Auf der anderen Seite ist der Transport von Kalk und Zement um mehr als die Hälfte gegenüber 1965 zurückgegangen (- 155 000 t)

¹) siehe "Die Binnenschifffahrt im Jahre 1968" in dieser Zeitschrift, April 1970, Seite 86

Die wichtigsten in der Seeschifffahrt beförderten Güter - in 1 000 t -

V = Versand; E = Empfang

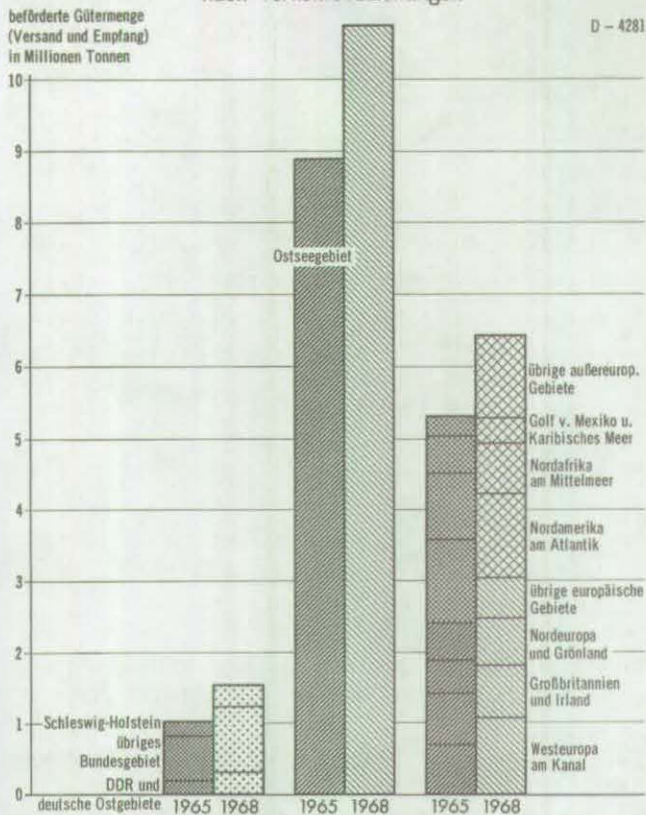
Güterhauptgruppe	1965		1968		Veränderung	
	V	E	V	E	V	E
Fahrzeuge	2 472	2 029	3 086	2 668	+ 614	+ 639
Steinkohle	162	2 184	118	2 408	- 44	+ 224
Rohes Erdöl	1	1 667	1	2 067	0	+ 400
Kraftstoffe, Heizöl	384	566	351	830	- 33	+ 264
Sonstige Steine, Erden	26	856	30	1 035	+ 4	+ 179
Anderes Holz, Kork	15	421	22	411	+ 7	- 10
Eisenerze	-	422	1	442	+ 1	+ 20
Sammel- und Stückgut	207	162	334	265	+ 127	+ 103
Düngemittel	23	352	41	409	+ 18	+ 57
Getreide	108	201	118	241	+ 10	+ 40
Sonstige Waren	60	175	83	360	+ 23	+ 185
Frische Früchte, Gemüse	178	11	318	15	+ 140	+ 4

und von Benzol und Teer sogar bedeutungslos geworden (1965 : 61 079 t; 1968 : 1 022 t).

Die Zusammensetzung des Gesamtumschlags nach Güterhauptgruppen hat sich zwar in gewissen Grenzen verändert - so hat sich z. B. die Gruppe "Sammel- und Stückgut" in der Rangfolge der wichtigsten Produkte nach vorne geschoben -, im großen und ganzen ist die Struktur aber erhalten geblieben.

Das zweite Bild veranschaulicht das Ausmaß der Güterströme zu den verschiedenen Handelspartnern. Es zeigen sich Verschiebungen, die im betrachteten Zeitraum stattgefunden haben. Sie reichen aber auch hier nicht aus, um das Gefüge der Verkehrsbeziehungen entscheidend zu ändern. Beherrschend ist das europäische Ausland und hier wiederum das Ostseegebiet. Recht stattlich ist auch der Umfang der Lieferungen aus Ländern außerhalb Europas. Hier liegt allerdings eine sinkende Tendenz vor, denn nachdem der Umschlag von 2,88 Mill. t 1965 auf 3,68 im Jahre 1966 gestiegen war, betrug er 1967 3,66 und 1968 nur noch 3,35 Mill. t. Relativ unwichtig ist der Seeverkehr mit den deutschen Ostgebieten und der DDR. Das gleiche gilt für die übrige Bundesrepublik außerhalb Schleswig-Holsteins. Obwohl sich der Verkehr mit dem übrigen Bundesgebiet relativ stark ausdehnte, ist er doch noch sehr gering im Verhältnis zu anderen Verkehrsrichtungen. Die Ursache liegt in den geographischen Gegebenheiten, die ökonomisch sinnvolle Transporte auf dem Seeweg von Schleswig-Holstein in das übrige Bundesgebiet nur von wenigen Plätzen aus zulassen. In diesem Punkt ist die Struktur der Verkehrsbeziehungen in der Seeschifffahrt ähnlich der

Der Güterverkehr Schleswig-Holsteins über See nach Verkehrsbeziehungen



in der Binnenschifffahrt, die etwa 70% ihres Güterumschlages allein mit Hamburg bestreitet, weil das übrige Binnenwasserstraßennetz von Schleswig-Holstein aus schwer zu erreichen ist².

In der zweiten Tabelle sind die wichtigsten Verkehrsbeziehungen der beiden Hauptkomplexe Europa und Außereuropa dargestellt. Es zeigt sich, daß innerhalb des dominanten Verkehrsbereiches "Ostseegebiet" Dänemark die mit Abstand wichtigste Verkehrsrouten ist. Den zweiten Platz hält Schweden. Während der Umschlag mit Dänemark nur im Rahmen der normalen Zuwachsraten ausgedehnt werden konnte, verdoppelte sich nahezu der Versand nach Schweden, während der Empfang um etwa 60% zunahm. Eine ähnliche Entwicklung nahmen auch die Beziehungen zu Finnland, das seinen Rang mit dem Baltikum getauscht hat. Die übrigen Verkehrsrichtungen des Ostseegebietes sind weniger bedeutend.

Der Anteil des Verkehrsbereiches "Ostseegebiet" am Gesamtgüterverkehr über See ist von 58% im Jahre 1965 auf 57% im Jahre 1968 gefallen. Sein Anteil am Versand und Empfang hat sich von 80% auf 82% und von 47% auf 44% verändert. Während in allen anderen wichtigen Verkehrsbeziehungen der Empfang zum Teil ein Vielfaches des Versands beträgt, ist hier

2) siehe Fußnote 1

Die wichtigsten ausländischen Verkehrsbeziehungen

- in 1 000 t -

V = Versand; E = Empfang

Verkehrsrichtung	1965		1968	
	V	E	V	E
Europa	4 493	6 789	5 658	8 137
darunter				
Ostseegebiet insgesamt	3 968	4 897	5 153	5 580
darunter				
Dänemark/Ostsee	3 319	2 948	3 988	3 350
Schweden	548	1 043	1 020	1 663
Finnland	94	283	143	376
Baltikum	3	542	1	80
Nordeuropa und Grönland	74	384	120	550
Großbritannien und Irland	255	477	131	612
Westeuropa am Kanal	98	596	141	936
Außereuropa	10	2 869	36	3 318
darunter				
Libyen	-	921	-	700
Saudi-Arabien und Libanon	-	4	-	1 004
USA am Atlantik	1	1 159	1	1 170
Golf von Mexiko und Karibisches Meer	-	511	2	353
Insgesamt	4 503	9 658	5 694	11 456

das Verhältnis einigermaßen ausgeglichen. Nach Dänemark wird sogar mehr geliefert als von dort empfangen. Das ist bedingt durch den höheren Versand von Fahrzeugen im Rahmen des Fährverkehrs, der bedeutendsten Gütergruppe im Verkehr mit Dänemark.

Die dritte Tabelle zeigt die Veränderung der Güterströme mit dem Verkehrsbereich "Ostseegebiet". Abgesehen von der Zunahme in der Gütergruppe Fahrzeuge ist die Abnahme des Empfangs von Rohöl am auffälligsten, der 1968 nahezu auf den Nullpunkt gesunken ist, während 1965 noch 469 000 t und 1966 192 000 t empfangen wurden (1967: rund 700 t). Rückläufig war außerdem der Umschlag von Holz und Kork (- 36 000 t), von Steinkohle (- 39 000 t) und lebenden Tieren (- 55 000 t). Stark gestiegen ist der Versand von Kunststoffen und anderen chemischen Erzeugnissen, Glas und Baustoffen, frischen Früchten und Gemüse, Walzwerkserzeugnissen und Stück- und Sammelgütern, und der Empfang von sonstigen Halb- und Fertigwaren, Eisenerzen, Stück- und Sammelgütern und Kraftstoffen und Heizöl. In der Tabelle sind nur die umschlagstärksten Güterhauptgruppen aufgeführt. Sie kann daher keinen Eindruck darüber vermitteln, wie differenziert die Verbindungen mit dem Ostseeraum in Wirklichkeit sind; denn neben den aufgeführten haben fast alle übrigen Güterhauptgruppen

Die wichtigsten Güter im Verkehr mit dem Ostseegebiet
- in 1 000 t -

V = Versand; E = Empfang

Güterhauptgruppe	1965		1968		Veränderung	
	V	E	V	E	V	E
Fahrzeuge	2 417	1 995	2 939	2 551	+ 512	+ 556
Sonstige Steine, Erden	12	702	14	739	+ 2	+ 37
Rohes Erdöl	1	469	1	0	0	- 469
Holz und Kork (außer Grubenholz)	11	379	11	343	0	- 36
Zellstoff, Altpapier	0	221	1	256	0	+ 35
Stein- und Salinensalze	185	0	248	0	+ 63	-
Eisenerze	0	150	1	225	0	+ 75
Sammel- und Stückgut	196	146	304	243	+ 108	+ 97
Sonstige Halb- und Fertigwaren	58	162	80	346	+ 22	+ 184
Kraftstoffe, Heizöl	156	3	125	63	- 31	+ 60
Steinkohle	159	76	116	80	- 43	+ 4
Lebende Tiere	0	128	0	73	0	- 55
Frische Früchte, Gemüse	177	10	317	13	+ 140	+ 3
Kunststoffe und andere chemische Erzeugnisse	63	13	246	32	+ 183	+ 19
Andere mineralische Erzeugnisse (Glas und Baustoffe)	35	44	71	88	+ 36	+ 44
Walzwerkserzeugnisse	61	56	115	71	+ 54	+ 15
Maschinen, elektrotechn. Erzeugnisse	82	43	110	63	+ 28	+ 20

Bedeutung. Das betrifft vor allem den Verkehr mit Dänemark und in geringerem Maße auch den mit Schweden.

Die zweitwichtigste Verkehrsachse führt in den Verkehrsbereich "Westeuropa am Kanal" (ohne Großbritannien und Irland). Verglichen mit den Umschlägen des Ostseegebietes sind die Zahlen dieses Gebietes bescheidener. Dabei sind die Beziehungen zu den Niederlanden sowohl hinsichtlich der Vielfalt der Gütergruppen als auch hinsichtlich der Mengen am ausgeprägtesten, während mit Belgien und Frankreich am Kanal nur wenig Handel getrieben wird. Der Anteil des Verkehrsbereichs "Westeuropa am Kanal" am Gesamtverkehr erhöhte sich 1965 bis 1968 von 5% auf 6%. Der Versand (2% des Gesamtversandes) tritt stark zurück gegenüber dem Empfang, der von 6% auf 7% angestiegen ist. Als wichtige Gütergruppen sind eigentlich nur Steinkohle zu nennen, deren Empfang von 342 000 t im Jahre 1965 auf 315 000 t 1968 sank; außerdem Kraftstoffe und Heizöl mit 355 000 t, wovon 1968 213 000 t mehr vor allem aus den Niederlanden empfangen wurden. Die dritte bedeutende Güterhauptgruppe sind Düngemittel, die hauptsächlich aus den Niederlanden, aber auch aus Belgien geliefert

wurden, und zwar 39 000 t 1965 und 140 000 t 1968.

Einen nicht ganz so großen Umfang wie die Beziehungen zu Westeuropa am Kanal haben die zu Großbritannien und Irland, die 1968 einen Anteil von 4% (1965: 5%) am Gesamtumschlag, von 2% (5%) am Versand und von 5% (5%) am Empfang hatten. Die relative Abnahme des Versandes nach Großbritannien und Irland - die Beziehungen zu Irland sind praktisch bedeutungslos - ist Resultat der Einstellung von Kalk- und Zementlieferungen, die 1965 immerhin noch 109 000 t betrug. Außerdem ist der Versand von Kraftstoffen um 30% auf 75 000 t gesunken. Auf der Empfangsseite sank der Transport von Eisen- und Stahlabfällen um 90%, während 50% mehr Steinkohle aus England kamen. Ausgedehnt wurden ferner Lieferungen von sonstigen Steinen und Erden (+ 50 000 t), Getreide (+ 36 000 t) und Düngemitteln (+ 16 000 t).

Ein ähnliches Bild wie Großbritannien bietet der Verkehrsbereich "Nordeuropa und Grönland". Hierzu gehören die Nordseeküste Dänemarks, Norwegen am Skagarrak und Atlantik, Island und die Sowjetunion am Eismeer und am Weißen Meer. 1968 entfielen auf diese Verkehrsbeziehungen 4% des Gesamtumschlages (1965: 3%), 2% des Versandes (1%) und 4% des Empfangs (4%). Einzig wichtige Versandgütergruppe sind Fahrzeuge, von denen 1968 54 000 t nach Norwegen transportiert wurden, während es 1965 nur 34 000 t waren. Aus der Sowjetunion wurden hauptsächlich Düngemittel (1968: 160 000 t gegenüber 31 000 t 1965) und Holz (59 000 t gegenüber 21 000 t), aus Norwegen Steinkohle (67 000 t gegenüber 137 000 t) und sonstige Steine (177 000 t gegenüber 75 000 t) empfangen, während 1968 der Handel mit Dänemarks Nordseeküste und mit Island ziemlich bedeutungslos war.

Die Verkehrsverbindungen, die in den südlichen Teil Europas führen, sind weder umfangreich noch differenziert. Es sollen hier lediglich die bedeutendsten Güterbewegungen genannt werden. Für 1968 zählen dazu: 149 000 t Eisenerze, die vor allem aus Spanien geliefert wurden, 176 000 t Kraftstoffe und Heizöl aus Italien, 77 000 t Roheisen, das nach Italien transportiert wurde. Erwähnenswert ist noch der Rückgang von Eisen- und Stahlabfalllieferungen nach Spanien, die 1965 eine Höhe von 46 000 t hatten, 1968 aber auf 3 000 t abgesunken sind.

Da im Rahmen der Seeschifffahrt der Versandverkehr mit Außereuropa verschwindend gering ist, werden im folgenden lediglich die Transporte aus diesen Gebieten betrachtet. Aus Gebieten außerhalb Europas führen nur

drei bedeutende See-Verkehrsadern nach Schleswig-Holstein. Die erste kommt aus Nordafrika und Nahost am Mittelmeer sowie Arabien und Persischer Golf. Auf ihr laufen die großen Rohöllieferungen. 1965 stammte das gesamte Öl aus diesem Gebiet aus Libyen (921 000 t). Im Verlaufe des betrachteten Zeitraumes haben sich aber wichtige Verlagerungen ergeben. So wurden 1968 aus Libyen nur noch 700 000 t bezogen, während aus dem Libanon 149 000 t und aus Saudi-Arabien am Persischen Golf 852 000 t hinzukamen. Damit ist der Rohölempfang aus diesen Gebieten um 800 000 t und der Anteil dieser Gebiete am gesamten Empfang von 9% im Jahre 1965 auf 13% im Jahre 1968 gestiegen. Der Gesamtempfang an Rohöl ist aber nur um 400 000 t gestiegen, so daß irgendwo Rohöllumschlag in Höhe von 400 000 t weggefallen sein muß. Das ist, wie schon gezeigt, im Ostseegebiet geschehen: die Öllieferungen aus der Sowjetunion über Häfen des Baltikums sind um 469 000 t gesunken.

Die zweite Ader kommt aus den USA am Atlantik. Der Güterstrom aus diesem Gebiet beschränkt sich nahezu auf Steinkohle, die im Vergleich zur einheimischen Kohle dort in sehr geringen Tiefen lagert und daher so billig gefördert werden kann, daß sie trotz der hohen Transportkosten auf dem deutschen Markt noch wettbewerbsfähig ist. 1965 wurden 1,16 Mill. t geliefert, 1968 1,17 Mill. t, das sind 9% des Gesamtempfangs.

Die dritte wichtige außereuropäische Verkehrsader ist die Verbindung vom Golf von Mexiko und vom Karibischen Meer. Aus Venezuela wurden 1968 303 000 t rohes Erdöl geliefert (+ 33 000 t gegenüber 1965) und 15 000 t Kraftstoffe und Heizöl (- 35 000 t), während von den Niederländischen Antillen 16 000 t Kraftstoffe und Heizöl (- 145 000 t) und aus Westindien 16 000 t Heizöl (+ 16 000 t) nach Schleswig-Holstein gelangten. Damit sank die Quote dieses Bereichs am Gesamtempfang von 5% auf 3%.

Der Verkehr mit dem Bundesgebiet außerhalb Schleswig-Holsteins ist - wie schon erwähnt - ohne große Relevanz. Es existieren hier vier Routen: von Hamburg, von Bremen, von Emden und, auf dem Umweg über die Nordsee und den Rhein oder die Ems, vom Rheingebiet. Auch hier ist die Auslastung der Routen in Richtung Schleswig-Holstein stärker als in Richtung Bundesgebiet. Am stärksten ist der Verkehr mit Bremen (270 000 t 1968), dann folgt Hamburg mit 258 000 t, Emden (150 000 t) und das Rheingebiet (61 000 t). Es wurden hauptsächlich Getreide, Futtermittel, Steinkohle, Kalk und Zement, Kraftstoffe und Eisen- und Stahlschrott befördert. Der Umschlag des Jahres 1968 mit dem Bundes-

gebiet hat einen Anteil von 5% am Gesamtumschlag, von 4% am Versand und 5% am Empfang.

Der Binnenverkehr des Landes - Verkehr zwischen den schleswig-holsteinischen Häfen über See - ist mit einem Anteil von 2% am Gesamtgüterverkehr verhältnismäßig gering. Dabei spielt die Versorgung der Nordfriesischen Inseln mit den verschiedensten Gütern die größte Rolle. Getreide, Baustoffe, Kraftstoffe und Heizöl sowie Reisefahrzeuge sind die wichtigsten Transportgüter.

Die Anteile der schleswig-holsteinischen Verkehrsbezirke am Umschlag des Landes in %

V = Versand; E = Empfang

Verkehrsbezirk		1965	1968	Veränderung
Lübeck	V	22	27	+ 5
	E	27	26	- 1
	Zusammen	25	26	+ 1
Ostseegebiet ohne Lübeck	V	60	59	- 1
	E	37	36	- 1
	Zusammen	45	44	- 1
Nordsee- und Unterelbegebiet	V	18	13	- 5
	E	36	38	+ 2
	Zusammen	30	30	-

Über die Beteiligung der verschiedenen Landesteile (Verkehrsbezirke) am gesamten Umschlag, am Versand und am Empfang gibt die letzte Tabelle Aufschluß. Die höchsten Beiträge kamen vom Bezirk Ostseegebiet ohne Lübeck. In diesem Gebiet werden die meisten Fahrzeuge umgeschlagen (Puttgarden und Kiel). Daneben spielen Beförderungen von Steinkohle, sonstigen Steinen und Erden, Kraftstoffen und Heizöl, Holz, Düngemitteln, Sammel- und Stückgut sowie Früchten und Gemüse eine wesentliche Rolle. Hauptpartner dieses Bezirkes sind Dänemark und Schweden. Die Güterstruktur des Verkehrsbezirkes Lübeck ist am vielseitigsten gegliedert. Dänemark und Schweden sind auch hier die wichtigsten Handelsländer. Relativ umfangreiche Beziehungen bestehen zu den Niederlanden (Steinkohle), Großbritannien (ebenfalls zur Hauptsache Steinkohle) und Spanien (besonders Eisenerze).

Die Umschläge des Ölhafens Brunsbüttel³ sowie die in Wedel bestimmten wesentlich die Güterstruktur des Verkehrsbezirkes Nordsee- und Unterelbegebiet. Die gesamten Rohölliefe-

3) Name vor dem 1. 1. 1970: Brunsbüttelkoog

rungen - vorwiegend aus Übersee - gelangen nach Brunsbüttel, während amerikanische Kohle in Wedel umgeschlagen wird. Darüber hinaus ist die Beförderung von Steinkohle mit England zu nennen. Außerdem wurden Kraftstoffe und Heizöl vor allem mit Holland, Belgien, und England und Schweden gehandelt.

Nicht aufgeführt in dieser Tabelle ist der Verkehrsbezirk 6 (Südostteil des Landes), der als Bezirk des Binnenlandes lediglich in der Binnenschifffahrt eine Rolle spielt.

Jörg Rüdell

Kurzberichte

2000 Beschäftigte mehr im Maschinenbau!

Der Maschinenbau ist mit reichlich 27 000 Beschäftigten der bedeutendste Industriezweig in Schleswig-Holstein. Er steht hinsichtlich der Beschäftigtenzahl noch vor dem Schiffbau (22 500) und der weitverzweigten Industrie-gruppe "Nahrungs- und Genußmittel", die um 26 000 Beschäftigte hat.

In der zweiten Phase des derzeitigen Konjunkturzyklus, die man ab Anfang 1969 ansetzen kann, ist die Beschäftigtenzahl im schleswig-holsteinischen Maschinenbau um 2 000 Personen oder 8% gestiegen, in der gesamten Industrie nur um 5% (um möglichst aktuell zu sein, werden die Daten für die Monate Januar bis Juli der Jahre 1969, 1970 und 1971 miteinander verglichen).

Entwicklung im Maschinenbau und in der gesamten Industrie von 1969 auf 1971

Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten nach hauptbeteiligten Industriezweigen

Januar bis Juli	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Netto-Umsatz in Mill. DM				
	Maschinenbau	Industrie	Maschinenbau	Industrie			
1969	25 589	100 181 524	100	652,6	100	6 476,4	100
1970	26 092	102 190 029	105	717,6	110	7 117,6	110
1971	27 514	108 190 594	105	825,4	126	7 952,7	123

Die konjunkturelle Entwicklung hat im Maschinenbau einen anderen zeitlichen Verlauf genommen als in der gesamten Industrie: die Zahl aller Industriebeschäftigten ist von 1969 auf 1970 erheblich schneller gewachsen (+ 5%) als im Maschinenbau, wo sie lediglich um 2% stieg. Von 1970 auf 1971 - ungefähr als Phase der Hochkonjunktur anzusehen - ist das industrielle Beschäftigtenvolumen im Ganzen fast nicht mehr (+ 0,3%) gewachsen, im Maschinenbau führte demgegenüber eine verzögerte Branchenkonjunktur zu einem kräftigen Beschäftigtenzuwachs um mehr als 5%. In diesem Zusammenhang dürfte

interessieren, daß in der ersten Aufschwungsperiode (das heißt, von 1968 auf 1969) die Beschäftigtenzahl im Maschinenbau um fast 10% angestiegen war, in der gesamten Industrie dagegen nur um gut 5%. In der Umsatzentwicklung treten diese Unterschiede nicht so deutlich auf: von 1969 auf 1970 erzielte der Maschinenbau die gleiche Zuwachsrate (+ 10%) wie die Industrie im Ganzen. Erst von 1970 auf 1971 war die Umsatzzunahme im Maschinenbau mit 15% merklich kräftiger als in der gesamten Industrie (+ 11,7%).

Siegfried Schwarz

Über 225 000 Einkommensteuerpflichtige in Schleswig-Holstein

Aus der Einkommensteuerstatistik 1968 liegen die ersten vorläufigen Ergebnisse vor. Danach wurden über 215 000 Steuerpflichtige veranlagt; von ihnen waren 209 000 mit Einkommen Veranlagte und 6 000 ohne Einkommen Veranlagte (Verlustfälle). Weitere 10 500 Steuerpflichtige wurden wegen der geringen Höhe ihres Einkommens nicht veranlagt (Nv-Fälle). Die Statistik weist für 208 000 unbeschränkt Steuerpflichtige einen Gesamtbetrag der Einkünfte in Höhe von 4,72 Mrd. DM aus, das sind 27% mehr als im Jahre 1965. Aus den Einkünften waren 802 Mill. DM Steuern abzuführen, was einer durchschnittlichen Belastung der Einkünfte von 17% entspricht. Die Steuerschuld verteilte sich auf 184 000 Steuerbelastete. Von ihnen hatte jeder im Durchschnitt 4 365 DM zu zahlen gegenüber 4 323 DM im Jahre 1965. Die Zahl der Steuerbefreiten betrug 25 000. Ihre Anzahl hat sich gegenüber dem Ergebnis der vorangegangenen Einkommensteuerstatistik fast nicht verändert.

Grunddaten zur Einkommensbesteuerung 1968

a = Anzahl und Mill. DM

b = Veränderung gegenüber 1965 in %

		Steuerpflichtige	Gesamtbetrag der Einkünfte	Einkommen	Steuerschuld
Veranlagte mit Einkommen	a	209 301	4 726	4 014	805
	b	+ 18	+ 27	+ 25	+ 22
Unbeschränkt Steuerpflichtige	a	208 494	4 717	4 005	802
	b	+ 18	+ 27	+ 25	+ 22
davon Steuerbelastete	a	183 652	4 556	3 900	802
	b	+ 21	+ 28	+ 26	+ 22
Steuerbefreite	a	24 842	161	105	.
	b	- 1	+ 7	- 2	.
Beschränkt Steuerpflichtige	a	807	9	9	4
	b	- 8	- 15	- 14	- 18
Veranlagte ohne Einkommen (Verlustfälle)	a	6 083	- 29	- 99	.
	b	+ 44	+ 85	+ 77	.
Veranlagte insgesamt	a	215 384	4 698	3 916	805
	b	+ 18	+ 27	+ 24	+ 22
darunter unbeschränkt Steuerpflichtige mit überwiegender Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit	a	117 081	2 170	1 846	267
	b	+ 42	+ 69	+ 67	+ 81
aus Gewerbebetrieb	a	57 336	1 696	1 460	374
	b	- 6	- 3	- 5	- 6
Außerdem Nichtveranlagte	a	10 535	.	.	.
	b	+ 1	.	.	.

Das Ergebnis der Einkommensteuerstatistik 1968 ist in besonderem Maße von der Zunahme der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen beeinflusst. Von den 215 000 insgesamt Veranlagten waren erstmals mehr als die Hälfte, nämlich 117 000 oder 54%, Steuerpflichtige mit überwiegender Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit. Ihre Anzahl nahm gegenüber 1965 um 42% zu. Die andere große Gruppe der Einkommensteuerpflichtigen, die Unternehmer mit überwiegender Einkünften aus Gewerbebetrieb, hat der Zahl nach um 6% abgenommen. Sie beträgt jetzt nur noch etwas über 57 000 Veranlagte. Auch hinsichtlich des Gesamtbetrages der Einkünfte konnten die Unternehmer ihre bis 1965 führende Stellung nicht behaupten. Der Gesamtbetrag der Einkünfte von Steuerpflichtigen mit überwiegender Einkünften aus Gewerbebetrieb nahm seit 1965 von 1,75 Mrd. DM auf 1,70 Mrd. DM im Jahre 1968 ab. An die erste Stelle traten auch hier die veranlagten Arbeitnehmer, die - sofern ihre Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit überwogen - ihren Gesamtbetrag der Einkünfte um 69% auf 2,17 Mrd. DM erhöhen konnten.

Die Abnahme der Unternehmereinkünfte in Schleswig-Holstein dürfte hauptsächlich auf die verstärkte Zusammenschlußbewegung in der Wirtschaft und den Ausbau des Zweigstellennetzes zurückgehen. Die Einkünfte der Zweigstellen werden häufig nicht erfaßt, weil

sich der Hauptsitz der Filialunternehmen außerhalb der Landesgrenzen befindet. Die Entwicklung der Arbeitnehmereinkünfte in der Einkommensteuerstatistik hat dagegen steuerliche Ursachen: Nach § 46 EStG müssen Lohnsteuerpflichtige mit einem Einkommen über 24 000 DM jährlich in jedem Falle veranlagt werden, Ehegatten mit beiderseits Arbeitnehmertätigkeit sogar schon dann, wenn der zu versteuernde Einkommensbetrag 16 000 DM überschreitet. Außerdem wurden viele Arbeitnehmer zur Einkommensteuer veranlagt, weil sie erhöhte Abschreibungen für Wohngebäude gemäß § 7 b und 54 EStG geltend machten.

Infolge des größeren Gewichts der Sonderausgaben stieg der Gesamtbetrag der Einkünfte stärker als das Einkommen. Dieses wiederum erhöhte sich stärker als die Steuerschuld, insbesondere weil die Arbeitnehmer im Durchschnitt relativ niedrigere Einkünfte haben und daher nicht so stark von der Steuerprogression betroffen sind wie Selbständige und Unternehmer. Je Veranlagten betrug das Einkommen bei überwiegender Einkünften aus selbständiger Arbeit 46 568 DM, aus Gewerbebetrieb 25 456 DM und aus nichtselbständiger Arbeit 15 769 DM.

Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Die Zusammensetzung der Einkünfte und ihre Besteuerung im Jahre 1965" in dieser Zeitschrift, Juni 1969, S. 128

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

23. Jahrgang . Heft 10 . Oktober 1971

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971				
				Monats- durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 423	2 567 ⁺
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen	Anzahl	1 785	1 548	1 848	2 100	2 174	1 800	1 407
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	7,2	7,5	9,6	9,9	8,2	6,6
*Lebendgeborene	Anzahl	3 726	2 930	3 363	3 076	2 873	2 949	2 890
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	18,5	13,7	13,7	14,1	13,1	13,4	13,5
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 495	2 749	2 976	2 564	2 515	2 699	2 552
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,4	12,8	12,1	11,8	11,5	12,2	11,9
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	75	65	66	66	62	59	46
*	je 1 000 Lebendgeborene	20,2	22,2	19,6	21,5	21,6	20,0	15,9
*Überschuß der Geborenen	Anzahl	1 231	181	387	512	358	250	338
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,1	0,8	1,6	2,4	1,6	1,1	1,6
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 694	8 382	6 403	9 118	8 211	9 270	9 502
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 151	6 381	4 639	5 685	5 659	5 028	5 560
*Wanderungsgewinn	Anzahl	1 543	2 001	1 764	3 433	2 552	4 242	3 942
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	9 641	9 788	5 759	9 145	9 772	9 533	8 856
Wanderungsfälle	Anzahl	23 487	24 551	16 801	23 948	23 642	23 831	23 918
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	164	161	92	152	153	151	153
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	8	8	5	5	5	6	6	6	6	7
darunter *Männer	1 000	6	5	2	3	2	3	3	3	3	3
Offene Stellen	1 000	19	24	29	26	25	26	25	23	23	23
darunter für Männer	1 000	10	15	17	16	16	15	14	14	14	14
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 379 ^a	1 407 ^a	1 531	.	.	.	1 478	.	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	505 ^a	496 ^a	495	.	.	.	472	.	.	.
*Schweine	1 000	1 701 ^a	1 774 ^a	1 819	.	.	.	1 764	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	169 ^a	183 ^a	187	.	.	.	180	.	.	.
darunter *trächtig	1 000	103 ^a	112 ^a	119	.	.	.	113	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	21	34	25	32	32	26	30	31	35	35
*Kälber	1 000 St.	3	3	3	3	2	3	3
*Schweine	1 000 St.	156 ^b	200 ^c	182	187	198	184	203	203	210	210
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	11 ^b	9 ^c	3	3	3	5	4	3	3	3
*Schlachtungsmengen²⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	17,7	25,9	22,3	24,4	25,3	21,3	24,1	23,6	24,9	24,9
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	4,8	8,3	5,9	7,4	7,4	6,3	7,5	7,3	7,8	7,8
*Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2
*Schweine	1 000 t	12,6	17,4	16,2	16,8	17,6	14,7	16,3	16,2	16,9	16,9
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	238	241	240	237	232	240	248	237	238	238
Kälber	kg	61	61	64	67	65	68	68	71
Schweine (ab Jan. 1971 neue Berechnungsgrundlage, Vergleichbarkeit mit früheren Zahlen eingeschränkt)	kg	87	91	90	91	90	82	82	81	82	82
Geflügel											
Eingelegte Bruteier³⁾											
*für Legehennenküken	1 000	523	497	394	438	483	585	512	509	551	551
*für Masthühnerküken	1 000	403	911	897	1 055	826	992	818	880	841	841
*Geflügelfleisch ⁴⁾	1 000 kg	302	803	820	695	759	617	805	894	917	917
*Milcherzeugung											
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	90	92	93	93	93	93	93	93	93	93
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,6	14,7	12,5	10,4	16,0	14,5	12,5	10,2	10,2

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) vorläufiges Ergebnis (Fortschreibung der Wohnbevölkerung auf den 26. 5. 1970 = Tag vor der Volkszählung)

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

3) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

4) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1965/66 = 18 c) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Industrie und Handwerk										
Industrie⁵⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	178	191	191	192	193	190	190	191	192
darunter *Arbeiter 6)	1 000	140	145	144	146	146	143	142	143	144
*Geleistete Arbeiterstunden	MILL.	23	24	24	24	23	23	23	21	22
*Löhne (brutto)	MILL. DM	98,8	157,2	157,4	169,9	160,3	166,8	176,3	183,9	178,5
*Gehälter (brutto)	MILL. DM	37,5	66,6	66,6	68,3	66,4	72,7	74,5	78,5	75,9
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁷⁾	54	33	28	27	30	34	29	27	20
*Gasverbrauch	1 000 cbm	8 869 ^{d)}	23 914	23 483	21 819	24 261	25 129	24 228	21 285	23 440
*Heizölverbrauch	1 000 t	77	95	89	87	84	85	87	84	81
*Stromverbrauch	MILL. kWh	118	157	157	151	153	159	160	149	147
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	MILL. kWh	36	37	37	35	33	30	30	30	30
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁸⁾	MILL. DM	746	1 070	1 097	1 057	1 059	1 067	1 215	1 151	1 038
darunter *Auslandsumsatz	MILL. DM	92	144	187	127	142	132	145	139	130
Produktionsindex (ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Energieversorgung)	1962=100	116	162	163	150	152	183	184	150	144
Steine und Erden		115	144	197	180	183	192	199	185	179
Eisen-, Stahl- und Temperguß		114	123	127	75	115	117	107	63	94
Chemische Erzeugnisse		209	455	410	497	410	513	670	305	238
Papiere und Pappen		110	147	141	143	149	117	138	131	111
Stahlbauerzeugnisse		120	191	178	173	179	217	187	158	164
Maschinenbauerzeugnisse		108	140	138	122	126	148	151	127	105
Wasserfahrzeuge		110	152	148	126	124	163	149	121	125
Elektrotechnische Erzeugnisse		121	287	286	225	242	376	381	294	280
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		130	136	121	125	122	184	160	140	114
Eisen-, Blech- und Metallwaren		141	208	(228)	(195)	211	197	172	176	171
Druckereierzeugnisse		115	252	242	213	207	315	299	226	226
Textilien		110	115	136	94	90	140	148	97	96
Bekleidung		101	106	66	84	99	111	83	78	94
Süßwaren		109	83	88	47	65	83	72	50	82
Milch und Milcherzeugnisse		109	119	147	119	99	170	142	116	95
Fleisch und Fleischerzeugnisse		134	188	181	168	180	186	174	156	155
außerdem Produktionsindex für die Bauindustrie		107	126	160	141	148	162	155	138	140
Handwerk (Meßziffern)⁹⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	96	96	.	.	.	94	.	.
*Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Vj. -D 1962=100	.	151	138	.	.	.	160	.	.
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	.	155	137	.	.	.	163	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	MILL. kWh	141	219	183	159	173	247	235	211	199
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	MILL. kWh	279	449	379	394	410	431	431	417	432
*Gaserzeugung (brutto)	MILL. cbm	20	16	10	10	9	13	11	10	10
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe¹⁰⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	67 971	62 480	63 551	64 255	64 076	61 888	61 979	62 268	62 831
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 534	8 238	10 513	10 104	9 626	9 206	9 693	9 078	9 184
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 960	3 414	4 337	3 995	3 989	3 942	4 184	3 723	3 873
*öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 978	3 616	4 682	4 665	4 300	3 690	3 923	3 962	3 851
*Löhne (brutto)	MILL. DM	50,0	66,1	85,0	82,8	79,2	82,8	87,2	85,1	85,1
*Gehälter (brutto)	MILL. DM	4,1	7,0	6,8	7,3	6,9	7,5	7,8	8,0	8,2
*Umsatz (ab 1970 ohne Umsatzsteuer)	MILL. DM	147,6	176,7	158,5	189,5	172,5	170,2	216,6	229,2	203,9

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

6) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

7) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts

8) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

10) nach der Totalerhebung hochgerechnet

d) ohne Erdgas und Erdölgas

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
				Monats- durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 100	884	1 011	1 168	985	948	1 173	1 240	1 197
darunter *Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	...	787	915	1 023	874	853	1 072	1 145	1 045
*umbauter Raum	1 000 cbm	934	911	1 158	1 253	1 042	1 185	1 296	1 185	1 284
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	95 521	115 158	149 868	156 308	131 514	187 370	175 371	167 455	183 157
*Wohnfläche	1 000 qm	171	174	227	241	198	212	255	228	242
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	181	214	229	191	152	164	174	182
*umbauter Raum	1 000 cbm	461	794	932	840	869	670	1 085	846	935
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	33 344	75 158	90 218	78 756	75 612	56 557	74 066	93 147	134 384
*Nutzfläche	1 000 qm	89	142	163	162	153	120	163	159	173
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 535	2 357	3 825	3 164	2 660	2 932	3 593	3 266	3 128
Baufertigstellungen										
Wohnungen 11)	Anzahl	2 447	1 837	1 039	723	1 134	971	948	1 285	1 090
Wohnräume	Anzahl	10 214	7 782	4 079	3 160	5 006	4 087	4 139	5 700	5 019
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	113,3	180,5	182,2	228,5	141,9	161,6	198,0	213,9	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,2	23,8	22,6	21,9	15,3	20,6	32,5	20,0	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	101,1	156,7	159,6	206,7	126,6	141,0	165,5	193,9	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	2,9	3,9	4,2	3,5	3,7	3,0	2,6	3,5	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,3	12,8	13,1	15,4	12,8	12,8	12,9	11,4	...
*Fertigwaren	Mill. DM	88,9	140,1	142,3	187,8	110,2	125,3	150,0	178,9	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	5,9	14,3	15,5	15,1	12,7	14,9	16,8	15,7	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	82,9	125,8	126,8	172,8	97,4	110,4	133,2	163,2	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	25,8	54,2	52,7	55,9	42,3	53,7	61,1	61,6	...
darunter Italien	Mill. DM	6,6	14,8	13,3	14,9	11,3	13,4	17,1	19,3	...
Niederlande	Mill. DM	9,0	18,9	17,6	19,6	14,9	16,9	19,1	20,8	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	43,9	55,3	45,3	99,4	35,5	54,1	62,3	45,8	...
darunter Dänemark	Mill. DM	9,8	11,2	11,0	15,7	9,6	20,0	26,0	12,6	...
Großbritannien	Mill. DM	5,2	12,7	10,5	6,9	5,9	6,9	10,8	8,4	...
Norwegen	Mill. DM	12,7	8,5	4,5	55,5	2,5	4,1	3,3	3,1	...
Schweden	Mill. DM	6,8	8,8	7,8	7,2	6,5	9,2	9,2	6,1	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	19 951	32 072	33 168	32 242	28 987	30 370	29 609	29 407	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 510	36 673	29 692	29 764	34 156	30 740	31 995	31 532	...
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1962=100
Fremdenverkehr in 141 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	160	189	319	492	453	p 205	p 308	p 498	p 433
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	28	57	39	p 22	p 26	p 52	p 37
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 073	1 514	2 782	5 101	5 313	p 1 040	p 2 873	p 5 185	p 5 217
darunter *von Auslandsgästen	1 000	38	41	56	125	94	p 38	p 58	p 112	p 90
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	867	1 329	1 442	1 648	1 565
Güterversand	1 000 t	415	547	555	609	639
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	217	259	300	289	279	252	281	253	267
*Güterversand	1 000 t	354	373	446	462	485	385	430	457	441
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 806	7 817	9 208	8 897	5 371	9 430	9 407	8 603	...
darunter										
Kraftträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	13	24	56	49	28	60	55	52	...
*Personenkraftwagen 12)	Anzahl	4 982	6 925	8 159	7 988	4 544	8 590	8 418	7 744	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	393	502	613	540	402	512	571	447	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 044	1 404	1 571	1 687	1 709	1 597	1 651	p 1 712	p 1 714
*Getötete Personen	Anzahl	56	74	85	78	98	80	78	p 104	p 71
*Verletzte Personen	Anzahl	1 403	1 933	2 182	2 464	2 384	2 213	2 329	p 2 368	p 2 458

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

11) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

12) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹³⁾										
*Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	8 273	16 502	15 623	15 627	15 671	17 253	17 495	17 589	...
*kurzfristige Kredite (ab Dezember 1968: bis zu 1 Jahr) darunter	Mill. DM	2 076	3 469	3 392	3 268	3 237	3 856	4 028	3 972	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 047	3 426	3 363	3 238	3 206	3 832	4 004	3 950	...
*mittelfristige Kredite ¹⁴⁾ (ab Dezember 1968: 1 bis 4 Jahre) darunter	Mill. DM	661	1 343	1 135	1 159	1 161	1 358	1 388	1 392	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	607	1 277	1 090	1 114	1 114	1 285	1 315	1 321	...
*langfristige Kredite ¹⁴⁾ darunter	Mill. DM	5 536	11 690	11 095	11 200	11 273	12 039	12 079	12 225	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 689	10 152	9 662	9 739	9 804	10 427	10 448	10 562	...
*darunter durchlaufende Kredite	Mill. DM
*Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	5 053	11 288	10 324	10 507	10 683	11 806	11 767	11 924	.
*Sicht- und Termingelder darunter	Mill. DM	1 875	5 478	4 919	5 108	5 233	5 831	5 765	5 910	.
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 573	3 870	3 432	3 627	3 665	4 110	4 100	4 266	.
*Spareinlagen darunter	Mill. DM	3 178	5 810	5 405	5 399	5 450	5 975	6 002	6 015	.
*bei Sparkassen	Mill. DM	2 123	3 686	3 449	3 437	3 466	3 760	3 766	3 767	3 807
*Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	Mill. DM	153	294	241	353	292	246	306
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	125	274	235	360	241	236	280
*Zinsgutschriften	Mill. DM	9	24	0,4	1,3	0,3	0,3	0,4
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse	Anzahl	8	12	16	9	14	15	14	4	12
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	1	2	2	2	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	778	449	556	604	417	424	413
*Wechselsumme	Mill. DM	0,935	1,136	1,913	1,719	1,233	1,826	1,274
Steuern										
*Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	150 208	224 810	293 928	199 381	182 302	163 747	330 082	255 176	199 192
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	97 072	152 308	221 686	98 123	104 122	91 390	251 399	138 219	111 633
*Lohnsteuer	1 000 DM	43 631	97 946	74 219	85 658	91 896	92 119	99 598	113 234	106 226
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	41 819	40 050	118 979	7 426	7 144	- 294	120 438	17 715	2 837
*nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 011	1 613	2 066	3 808	785	1 472	2 145	2 879	839
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	10 612	12 699	26 422	1 231	4 296	- 1 907	29 218	4 392	1 730
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	53 136	72 265	72 242	69 446	78 180	72 357	78 683	83 588	87 559
*Umsatzsteuer	1 000 DM	48 411	52 564	52 209	50 818	56 006	53 318	53 648	60 134	65 594
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	4 725	19 701	20 033	18 628	22 173	19 038	25 036	23 455	21 965
*Bundessteuern	1 000 DM	67 734	84 313	90 941	86 122	77 634	96 469	97 653	84 353	79 815
*Zölle	1 000 DM	7 074	8 419	8 596	13 036	4 556	7 790	9 452	8 613	8 410
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	55 308	70 830	74 907	69 702	70 038	84 298	80 414	71 383	67 747
*Mineralölsteuer	1 000 DM	8 189	2 638	2 804	2 248	2 725	2 766	2 717	2 308	2 502
*Landessteuern	1 000 DM	17 226	24 387	20 690	20 865	30 641	32 235	21 903	21 909	33 696
*Vermögensteuer	1 000 DM	2 921	5 607	1 771	2 432	13 775	13 187	1 282	876	13 353
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	8 835	13 205	12 749	13 982	11 254	13 770	13 762	15 346	13 470
*Biersteuer	1 000 DM	721	988	992	961	1 693	780	1 308	1 187	1 354
*Gemeindesteuern	1 000 DM	105 110 ⁺	125 325 ⁺	121 368 ^{e)}	-	-	-	137 870 ^{e)}	-	-
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	68 004 ⁺	74 721 ⁺	73 348 ^{e)}	-	-	-	82 861 ^{e)}	-	-
*Grundsteuer A	1 000 DM	7 240 ⁺	7 232 ⁺	6 523 ^{e)}	-	-	-	7 621 ^{e)}	-	-
*Grundsteuer B	1 000 DM	16 037 ⁺	21 027 ⁺	21 136 ^{e)}	-	-	-	22 488 ^{e)}	-	-
*Einnahmen des Bundes	1 000 DM	154 810	202 059	220 106	193 188	177 488	186 386	263 028	219 492	189 289

^{*)} wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

^{+) =} Vierteljahresdurchschnitt

¹³⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar

¹⁴⁾ einschließlich durchlaufender Kredite

^{e)} 1.4. - 30.6.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1965	1970	1970			1971			
		Monats- durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
noch: Steuern										
*Einnahmen des Landes	1 000 DM	76 440	140 434	158 407	118 114	122 141	160 553	155 433	159 438	183 433
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	59 214	69 857	97 319	42 546	45 128	69 197	110 297	59 943	81 314
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	-	41 334	40 397	38 797	46 372	59 122	20 304	60 902	68 424
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	4 855	-	15 906	-	-	-	16 685	-
*Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	105 110 ⁺	147 429 ⁺	140 961 ^e	-	-	-	173 696 ^e	-	-
*Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	59 525 ⁺	46 191 ^e	-	-	-	71 020 ^e	-	-
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,3	107,2	106,7	106,9	106,2	108,9	107,8	106,7	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	104,8	116,6	116,3	117,0	116,9	121,7	121,8	122,1	...
Grundstoffpreise 15)	1962=100	105,9	104,3	104,5	104,6	104,1	105,1	105,6	105,7	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 15)	1962=100	104,0 ^f	107,5	107,4	107,6	107,8	112,4	112,7	113,0	...
landwirtschaftlicher Produkte 15)	1961/63=100	114,1 ^f	106,2 ^g	103,4	105,3	100,7 ^p	97,6 ^p	97,8 ^p	98,3	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	114,6	147,4	.	.	149,6	163,6	.	.	165,3
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 15)										
	1962/63=100	107,7 ^f	105,8 ^g	108,9	108,8	109,3	113,8	114,0	114,0	...
Einzelhandelspreise										
	1962=100	104,6	112,5	112,6	112,6	112,5	117,8	118,2	118,5	118,2
Preisindex für die Lebenshaltung 16)										
	1962=100	109,0	123,7	124,1	124,1	124,0	129,9	130,6	131,2	131,1
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		109,0	117,4	118,8	118,4	117,7	122,7	123,6	124,5	123,1
Kleidung, Schuhe		107,1	118,0	117,5	117,7	118,1	124,4	124,7	125,0	125,5
Wohnungsmieten		118,5	168,5	167,8	168,4	169,0	177,4	178,3	179,2	180,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		106,1	124,4	123,2	123,7	124,5	128,8	129,2	129,9	130,1
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		106,2	114,1	114,0	114,2	114,3	119,8	120,7	121,1	121,3
Löhne und Gehälter 17)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	211	297	.	300	.	.	.	342	.
darunter Facharbeiter	DM	224	318	.	322	.	.	.	362	.
*weibliche Arbeiter	DM	125	178	.	182	.	.	.	200	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	4,58	6,55	.	6,59	.	.	.	7,54	.
darunter Facharbeiter	DM	4,88	6,98	.	7,00	.	.	.	7,97	.
*weibliche Arbeiter	DM	3,00	4,32	.	4,40	.	.	.	4,90	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,3	.	45,6	.	.	.	45,3	.
*weibliche Arbeiter	Std.	41,5	41,2	.	41,4	.	.	.	40,9	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männliche Arbeiter	Std.	42,3	41,3	.	38,7	.	.	.	37,5	.
*weibliche Arbeiter	Std.	37,4	36,8	.	32,1	.	.	.	29,7	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 020	1 453	.	1 446	.	.	.	1 651	.
*weiblich	DM	666	946	.	952	.	.	.	1 090	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 148	1 579	.	1 586	.	.	.	1 785	.
*weiblich	DM	687	966	.	970	.	.	.	1 099	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	897	1 270	.	1 281	.	.	.	1 419	.
*weiblich	DM	557	795	.	799	.	.	.	896	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 019	1 437	.	1 452	.	.	.	1 592	.
weiblich	DM	.	(911)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	934	1 329	.	1 334	.	.	.	1 491	.
*weiblich	DM	588	839	.	843	.	.	.	951	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 138	1 572	.	1 579	.	.	.	1 775	.
*weiblich	DM	687	965	.	967	.	.	.	1 097	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

16) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962

17) Effektivverdienste

e) 1.4. - 30.6.

f) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli-Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli-Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁾ in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerbl. Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	Mill. DM								in 1 000			
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459
1967	25	26	39	847 ^a	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479
1968	24	24	29	845 ^a	1 905	545	667	1 722	2 048	238	15 602	473
1969	28	23	24	868 ^a	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889 ^a	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- ⁴⁾ einlagen am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	35,6	14,1
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	37,5	13,5
1968	596	10	478	38	14 877	769	20 246	4 744	117,8	39,7	34,0	12,7
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	...	13,1

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchsteuern	Gewerbesteuern	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1966	1 911	982	441	680	1 245	598	517	646	314	1 950	1 323	971
1967	1 962	1 059	452	686	1 292	616	552	706	321	2 136	1 429	1 074
1968	1 964	1 161	479	586	1 442	701	571	749	340	2 361	1 461	1 089
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580	1 100
1970	2 425	1 685	590	867	1 805	1 152	481	850	342	2 641	1 734	1 209

Jahr	Preisindices im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie ⁹⁾ und Handel			öffentlicher Dienst	
	industrieller Produkte ⁷⁾ 1962=100	landwirtschaftlicher Produkte ⁷⁾⁸⁾ 1961/63 =100		insgesamt	Nahrungs- und Genussmittel	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾	
					Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
							Männer	Frauen			Männer	Männer
DM												
1966	105,8	109,3	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	1 298	922
1967	104,9	99,8	115,9	114,4	112,0	223	135	1 048	658	1 248	1 298	922
1968	99,3	102,6	120,8	116,1	111,1	235	143	1 110	705	1 284	1 348	953
1969	101,5	106,2	127,2	119,3	114,2	259	157	r 1 208	r 758	r 1 398	1 449	1 021
1970	107,5	...	147,4	123,7	117,4	297	178	1 329	839	1 572	1 589	1 133

- 1) nur Errichtung neuer Gebäude
 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)
 3) einschließlich Kombinationskraftwagen
 4) ohne Postspareinlagen
 5) ohne Kassenkredite
 6) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes
 7) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer
 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni
 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau
 10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
 a) auf der Grundlage der Wohnungszählung 1968 fortgeschrieben

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 26. April 1970 ¹⁾		Industrie ²⁾			
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vormonat in %	Betriebe am 31. 7. 1971	Beschäftigte am 31. Juli 1971		Umsatz ³⁾ im Juli 1971 in Mill. DM
				Anzahl	je 1 000 Einwohner	
FLensburg	96 754	- 0,0	73	8 391	87	48
KIEL	276 038	- 0,0	147	32 471	118	96
LÜBECK	242 636	- 0,0	147	31 964	131	173
NEUMÜNSTER	84 656	+ 0,1	69	10 981	129	34
Dithmarschen	135 448	- 0,1	58	6 004	44	94
Flensburg-Land	74 871	+ 0,1	31	969	13	7
Hzgt. Lauenburg	144 588	+ 0,0	96	9 286	63	48
Nordfriesland	164 657	+ 0,4	44	2 494	15	24
Ostholstein	187 798	+ 0,4	74	5 731	30	35
Pinneberg	248 355	+ 0,3	226	24 932	98	151
Plön	108 774	- 0,0	51	2 769	25	15
Rendsburg-Eckernförde	228 488	+ 0,1	124	11 736	51	77
Schleswig	101 469	+ 0,1	37	3 493	34	45
Segeberg	169 837	+ 0,4	175	13 641	77	92
Steinburg	135 931	- 0,1	92	10 843	79	67
Stormarn	163 727	+ 0,1	121	14 989	89	144
Schleswig-Holstein	2 564 027	+ 0,1	1 565	190 694	73	1 151

KREISFREIE STADT Kreis	Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im August 1971 (vorläufige Zahlen)			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1971		
	Unfälle	Getötete ⁴⁾	Verletzte	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	49	-	70	24 515	22 196	...
KIEL	130	2	162	71 394	64 497	...
LÜBECK	163	3	205	58 384	51 948	...
NEUMÜNSTER	57	-	85	23 313	20 716	...
Dithmarschen	102	6	150	42 549	32 565	...
Flensburg-Land	52	3	67	26 537	20 252	...
Hzgt. Lauenburg	84	3	104	42 226	34 899	...
Nordfriesland	149	7	213	51 918	40 468	...
Ostholstein	172	8	257	53 914	43 741	...
Pinneberg	132	3	170	71 186	61 650	...
Plön	60	9	130	35 411	28 293	...
Rendsburg-Eckernförde	168	7	273	68 912	54 776	...
Schleswig	54	2	94	32 183	24 849	...
Segeberg	130	7	210	61 383	50 500	...
Steinburg	64	1	83	39 989	31 735	...
Stormarn	128	10	185	49 889	42 651	...
Schleswig-Holstein	1 714	71	2 458	753 703	625 736	...

1) Neue Kreiszahlen können z. Z. nicht veröffentlicht werden, da die Ergebnisse der Volkszählung 1970 noch nicht vorliegen

2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

4) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 102 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 26. Mai 1970			Offene Stellen am 31. 7. 1971 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30. 6. 1971 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Juli 1971			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien und Händler geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 6. 1971	Rindvieh am 3. 6. 1971	
		VZ 1961	30. 6. 1969							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 567	+ 11	+ 0,2	23	32	192	93,1	12,5	1 764	1 478	472
Hamburg	1 812	- 1	- 0,1	28	61	2	94,0	11,6	16	17	5
Niedersachsen	7 125	+ 7	+ 0,2	68	133	427	91,0	13,6	5 778	2 965	999
Bremen	757	+ 7	+ 0,3	11	16	2	78,0	13,8	10	20	5
Nordrhein-Westfalen	17 207	+ 8	+ 0,2	203	607	274	93,9	12,2	4 105	1 979	705
Hessen	5 461	+ 13	+ 0,4	68	255	129	78,2	11,8	1 414	938	350
Rheinland-Pfalz	3 684	+ 8	+ 0,2	31	70	84	82,9	10,4	781	733	262
Baden-Württemberg	8 996	+ 16	+ 0,4	121	544	215	76,1	9,3	2 087	1 834	735
Bayern	10 644	+ 12	+ 0,4	123	351	604	81,0	10,1	4 364	4 458	1 940
Saarland	1 127	+ 5	-	8	26	10	82,8	11,2	77	74	28
Berlin (West)	2 130	- 3	- 0,0	26	73	0	20,4	14,5	.	.	.
Bundesgebiet	61 508	+ 9	+ 0,3	710	2 169	1 939	85,6	11,3	20 397	14 497	5 501

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Mai 1971			
	Beschäftigte am 30. Juni 1971		Umsatz ²⁾ im Juni 1971		Produktions-index ³⁾ 1962=100 im Juni 1971	Beschäftigte am 31. Mai 1971		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Mill. DM	Auslands-umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	190	74	1 215	12	184	62	24	2 932	11,4	971	3,8
Hamburg	206	114	1 686	13	130	46	25	1 914	10,6	682	3,8
Niedersachsen	805	113	4 883	23	152	183	26	7 858	11,0	2 770	3,9
Bremen	102	135	849	21	.	23	30	458	6,1	243	3,2
Nordrhein-Westfalen	2 676	156	15 641	20	154	389	23	12 168	7,1	5 736	3,3
Hessen	749	137	3 830	22	168	143	26	6 000	11,0	1 338	2,5
Rheinland-Pfalz	406	110	2 595	21	234	89	24	3 556	9,7	985	2,7
Baden-Württemberg	1 584	176	8 166	21	174	244	27	9 703	10,8	3 719	4,1
Bayern	1 379	130	7 054	19	171	306	29	14 050	13,2	3 788	3,6
Saarland	170	151	761	32	170	24	21	668	5,9	237	2,1
Berlin (West)	256	120	1 266	11	143	46	22	1 252	5,9	1 532	7,2
Bundesgebiet	8 523	139	47 946	20	166	1 554	25	60 559	9,8	22 001	3,6

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Januar 1971			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Juni 1971				Bestand an Spar-einlagen ⁷⁾ am 30. 6. 1971 in DM je Einwohner	Steueraufkommen im 1. Vierteljahr 1971		
	ins-gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun-glückte je 100 Unfälle		Landes- ⁸⁾	Bundes- ⁸⁾	Gemeinde-
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000										
Schleswig-Holstein	721	595	...	1 651	78	2 329	146	2 338	190	247	61
Hamburg	490	443	...	1 162	31	1 581	139	4 459	335	1 476	165
Niedersachsen	2 024	1 653	...	3 910	205	5 610	149	2 904	189	215	63
Bremen	192	171	...	413	10	507	125	3 319	259	897	112
Nordrhein-Westfalen	4 429	3 883	...	9 011	338	12 271	140	3 365	225	345	74
Hessen	1 621	1 371	...	3 239	141	4 753	151	3 695	226	334	72
Rheinland-Pfalz	1 062	852	...	1 982	110	2 843	149	2 985	187	242	69
Baden-Württemberg	2 660	2 199	...	4 613	235	6 866	154	3 523	235	354	64
Bayern	3 225	2 510	...	5 655	271	8 267	151	3 490	198	259	59
Saarland	278	241	...	576	30	839	151	2 746	189	239	47
Berlin (West)	475	429	...	1 255	25	1 602	130	2 717	172	472	91
Bundesgebiet	17 243 ^{a)}	14 376 ^{a)}	...	33 467	1 474	47 468	146	3 318	215	348	71

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

7) ohne Postspareinlagen

8) Gemeinschaftsteuern jeweils anteilig enthalten

a) einschließlich Bundespost und Bundesbahn 66 261 Kfz und 28 529 Pkw

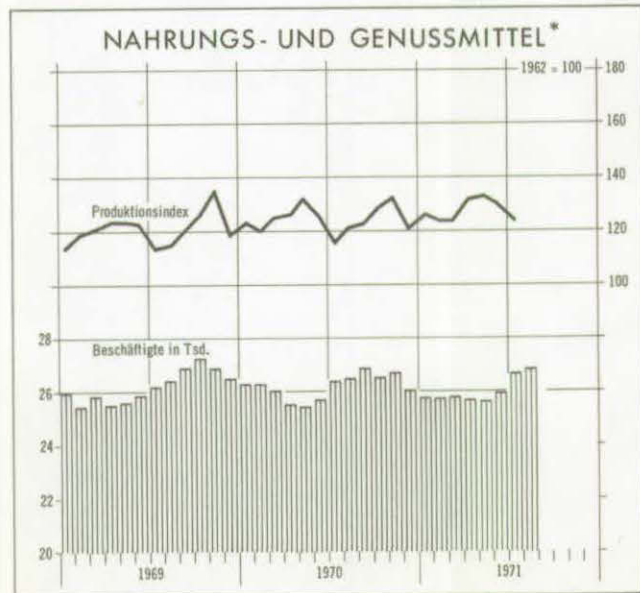
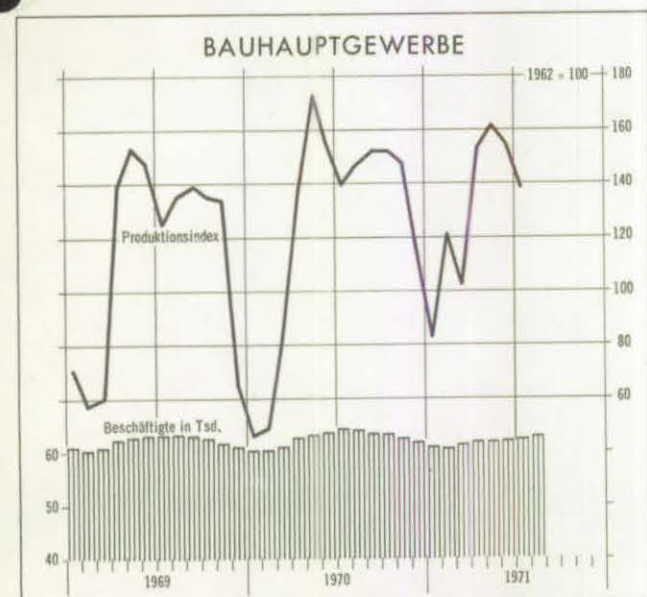
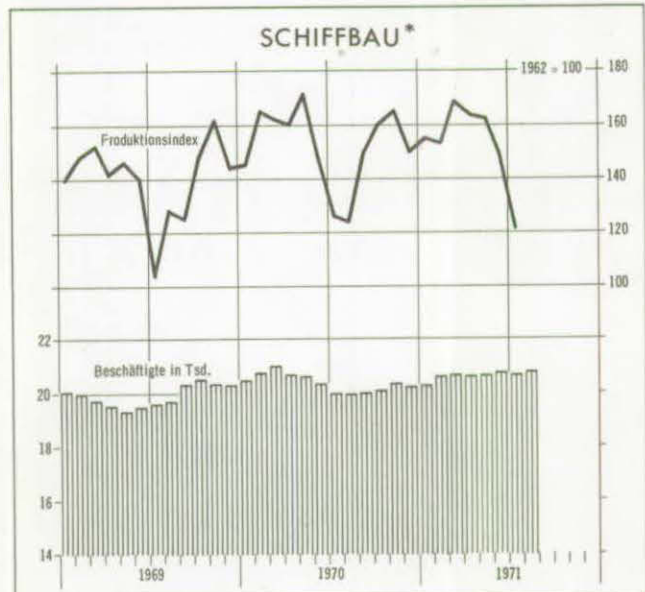
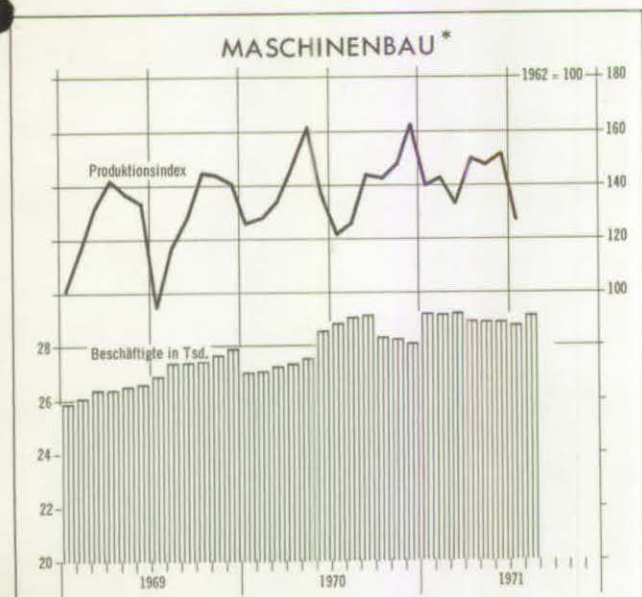
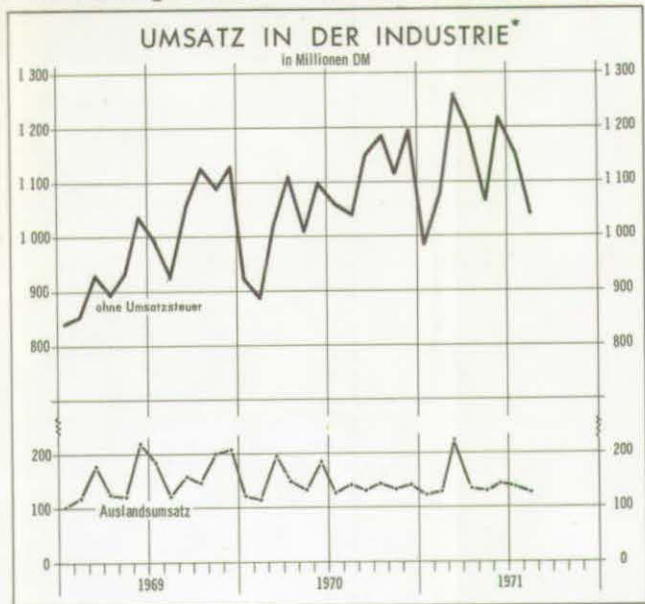
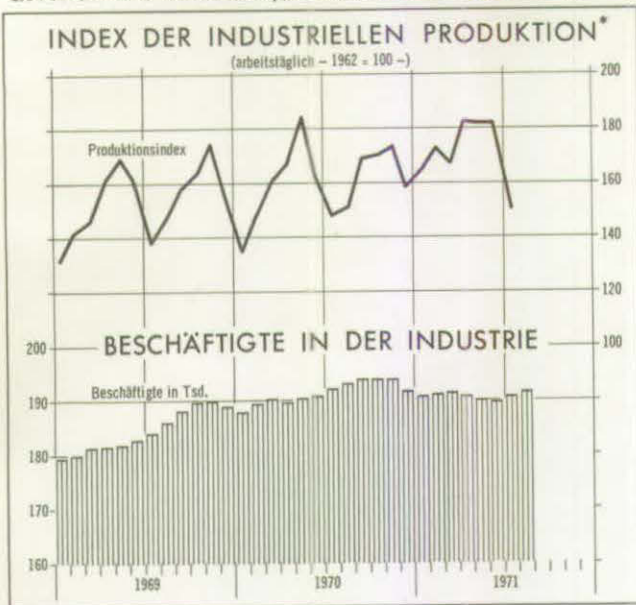
Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Selste
Gebiet und Bevölkerung	
Ausländer 1970	1/15
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 1)	7/118
Geburtenrückgang	4/71
Urlaub in Schleswig-Holstein	3/51
Gesundheitswesen	
Unfälle mit Todesfolge	3/53
Unterricht, Bildung und Kultur	
Abiturienten	8/139
Soziale Herkunft der Schüler	5/108
Wahlen	
Landtagswahl 1971	5/98
Landtagswahl 1971 regional	7/121
Wahlverhalten 1971	8/143
Erwerbstätigkeit	
Erwerbstätige 1970	1/10
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Anbau und Ernteaussichten	8/159
Betriebsgrößen Landwirtschaft	2/26
Getreide- und Ölfruchternte 1970	2/28
Handelsdünger	3/56
Milchviehhaltung	9/163
Viehwirtschaft	8/156
Industrie und Handwerk	
Industrie 1970	2/43
Investitionen Handwerk 1967	3/60
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohngeld 1969 und 1970	2/39
Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen	2/33
Wohnverhältnisse und Alter	7/131
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr (Teil 1).	7/124
Fremdenverkehr (Teil 2)	9/176
Verkehr	
Binnenschifffahrt 1968	4/86
Nord-Ostsee-Kanal	4/82
Sicherheit der Bundesstraßen	5/96

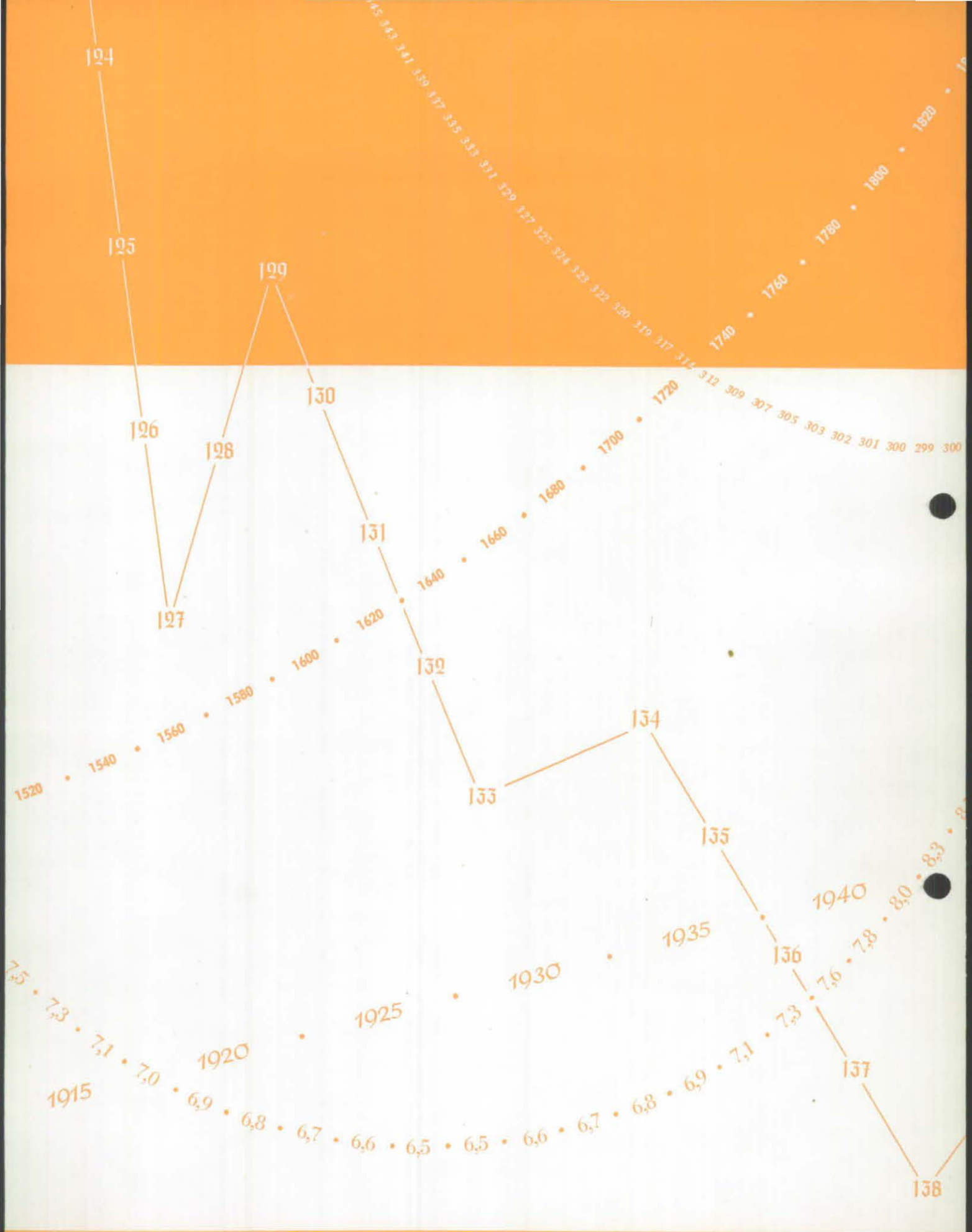
	Heft/Seite
Geld und Kredit, Versicherungen	
Boden- und Kommunalkredite	8/152
Öffentliche Sozialleistungen	
Alten- und Pflegeheime	8/146
Öffentliche Finanzen	
Gemeindefinanzreform 1970	3/64
Gewerbesteuer 1966 (Teil 1)	1/2
Kommunale Haushaltsplanung	9/167
Lohnsteuer 1968	4/73
Vermögensmillionäre 1969	4/91
Versorgungsempfänger	2/46
Preise	
Baulandumsatz 1962—1969	1/17
Versorgung und Verbrauch	
Einkommens- und Verbrauchsstichproben	9/181

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



* Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschaya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen